

Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nr. 261 — 2. Jahrgang

Saarbrücken, Freitag, 23. November 1934

Chefredakteur: M. Braun

Die Regierungskommission des Saargebietes hat angeordnet, daß ihre Verordnung gegen die politische Betätigung der Beamten dreispaltig in vorgeschriebenen Schriftgraden an der Spitze der Zeitungen erscheint.

Infolgedessen mußte ein besonders wichtiger Bericht über die innerpolitische Situation im Reiche an die zweite Stelle gerückt werden.

Verordnung betreffend die politische Betätigung der Beamten des Saargebietes

Auf Ersuchen der Abstimmungskommission sowie auf Grund der Artikel 47, 49 und 50 des Abschnitts IV (Teil 3) des Friedensvertrages von Versailles vom 28. Juni 1919, ferner des Kapitels III der Anlage zu Abschnitt IV (Teil 3) des Friedensvertrages und in Ausführung des Beschlusses des Völkerbundesrates vom 28. September 1934 wird folgendes verordnet:

In Erwägung,

daß dem Beamten bei seiner Betätigung im öffentlichen politischen Leben bereits durch sein Amt Rücksichten auferlegt sind, die für andere, nicht unter dem Zwange der im öffentlichen Interesse unerlässlichen Disziplin stehenden Staatsbürger nicht in Betracht kommen;

daß der Beamte allgemein, insbesondere aber während der gegenwärtigen Abstimmungsperiode — auch bei dem politisch anders Gesinnten — Vertrauen auf seine Unparteilichkeit erwecken muß, er sich dieses Vertrauen aber nicht bewahren kann, wenn er in den politischen Kampf eingreift, oder seine politische Werbetätigkeit gar zum Gegenstand von Erörterungen und Angriffen wird, insbesondere auch in der Presse;

daß es Pflicht der Abstimmungskommission ist, nach Möglichkeit dafür Sorge zu tragen, daß keiner Partei im Saargebiet die Möglichkeit gegeben wird, unter Benutzung der öffentlichen Staatsgewalt, politische Ziele zu

verfolgen und die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen;

daß dieser Mißbrauch aber nur durch eine Einschränkung des Rechtes der außerdienstlichen politischen Betätigung des Beamten wirksam verhindert werden kann,

hat die Abstimmungskommission beschlossen, die Regierungskommission des Saargebietes zu ersuchen, die nachstehende Verordnung baldmöglichst verkündigen zu wollen

Artikel 1

Den unmittelbaren und mittelbaren Staatsbeamten ist es untersagt:

1. in oder für Vereinigungen, die eine Einwirkung auf die Volksabstimmung bezwecken, irgendwelche Parteifunktionen oder irgendwelche Werbe- oder Agitationstätigkeit auszuüben,
2. politische Versammlungen zu veranstalten, zu leiten oder in ihnen als Redner aufzutreten,
3. in periodischen oder nicht periodischen Druckschriften Angelegenheiten der Volksabstimmung zum Gegenstand der Erörterung zu machen.

Artikel 2

Vertretern von Behörden, sofern diese Vertreter die Beamteneigenschaft besitzen, ist die Teilnahme an öffent-

lichen, aus Anlaß der Volksabstimmung stattfindenden Veranstaltungen verboten, sofern die Teilnahme in der Eigenschaft als Vertreter einer Behörde erfolgt.

Artikel 3

Wer den Bestimmungen der Artikel 1 oder 2 zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten und mit Geldstrafe nicht unter 1000,— Franken bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnisstrafe nicht unter einer Woche und Geldstrafe nicht unter 500,— Franken ein. Die §§ 42a und 42b des Strafgesetzbuches finden keine Anwendung.

Der Oberste Abstimmungsgerichtshof ist für die Untersuchung und Entscheidung zuständig.

Artikel 4

Diese Verordnung tritt in Kraft drei Tage nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt. Alle ihr entgegenstehenden Bestimmungen werden aufgehoben.

Saarbrücken, den 20. November 1934.

Im Namen der Regierungskommission:

Der Präsident:

gez. G. B. Knog

Der Dreiecksbund Hitler-Schacht-Blomberg

Aussichtslose Revolte der „alten Kämpfer“ Darré, Ley, Feder und Graf von der Goltz

Der „Führer“ trennt sich von Hitler

Berlin, 22. November.

Man macht sich außerhalb der Reichsgrenzen, wahrscheinlich auch im Saargebiet, über keine genügende Vorstellung davon, in welchem Maße der 13. Januar als Tag der Volksabstimmung an der Saar im „dritten Reich“ alles beschäftigt, sowohl die Regierenden wie die Regierten. Nicht nur in der noch immer wählenden Propaganda, die sich einem auf Schritt und Tritt entgegenschleudert, in den ewigen Gesprächen aller Leute über die Aussichten der Saarabstimmung und im Anschluß daran über die Frage „Krieg oder Frieden?“, sondern auch in der Sorge des „Führers“, außen- und innenpolitische Entscheidungen zu vermeiden, die an der Saar über die inneren Zustände Deutschlands und die Absichten der Reichsregierung aufklärend wirken könnten. Zum Beweis für unsere Behauptung werden wir der Saardruckerei noch rechtzeitig vor der Abstimmung dokumentarisches Material vorlegen.

Die wichtigste Tatsache ist, daß die Gruppe Schacht-Blomberg-Goltz den „Führer“ immer weiter von den Ideologien seiner Partei zu den Realitäten kapitalistischer Wirtschaftsführung und konservativer Sozialführung abdrängt.

Man läßt ihn zwar noch die donnernden Reden halten, die von Feuertönen zu den „alten Kämpfern“ nur so triefen, aber in der Praxis verbeißt sich der Abgrund zwischen Hitler und den Kumpanen seiner ersten Jahre immer mehr, und es ist zweifelhaft, ob er ihn, wenn er eines Tages möchte, noch zurück überbrücken kann.

Es steht wie eine Kleinigkeit aus und ist für die Situation doch wichtig genug: das Reichspropagandaministerium hat unter die Augenwunden, die aus Grund des Welches zum Schutze der nationalen Symbole unzulässig sind, Anhaltspunkte annehmen, darstellend den Führer und Ganerler Julius Streicher (Münchener). Vor zwei Monaten erst hat Hitler den Streicher anlässlich des Parteitages in Nürnberg hochgeföhrt. Und nun empfindet — zwar nicht er aber die ihn beherrschende Komarilla — den weltbekannten Antisemitendämon als kompromittierend. Gegen Streicher vor allem war auch der jüngste Erfolg des Führerstellvertreter Schacht, der einen Mannstrahl gegen den Nazionismus schleuderte. Wie sich Streicher im Augenblick schwach fühlt, geht daraus hervor, daß er sich dem Feind gefügt hat. Aus seiner „Frankfurter Tageszeitung“ sind

die zahllosen Fotografien und Beweisaufnahmen Streichers verschwunden. Einweilen wenigstens.

Wichtiger und ausschlagerreicher noch ist das nun endgültige Verfallen des Programmleiters und Theoretikers der Partei Gottfried Feder. Er war in allen wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Fragen vom Jahre 1919 an geistiger Nährvater Hitlers, der auf diesen entscheidenden Gebieten vollkommen unwissend seine politische Tätigkeit begann und auch leither nicht viel dazu gelernt hat.

Hitler hat seinen Feder in zahlreichen literarischen und rednerischen Zeugnissen nicht minder hoch gepriesen, wie einst seinen Röhm, der so den unbekanntesten und unbedeutendsten Gefreiten der Reichswehr mit den reichen Mitteln und Beziehungen der Reichswehr erst „gemacht“ hat. Seitdem aber Hitler mit Hilfe des schillerreichen Reichs Störings schon vor der sogenannten Machtergreifung unter den Einfluß Schachts geriet, der ihm als unerschütterlich für die Regierungsfähigkeit angesehen wurde, ging es mit der Treue zu dem „alten Rührer“, man darf wohl sagen ältesten Kämpfer Feder zu Ende. Zwar wurde er gerade noch Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, aber es wurde ihm jede Möglichkeit der Betätigung abgeschnitten. Ein ihm anherdem zugewiesener Posten als Reichskommissar für Vorbereitung war schon beinahe offener Hohn. Nun geht Feder in Urlaub, und das ist wohl ein Verschwinden für immer.

Nur das von ihm aufgearbeitete Programm kennt noch von verklungenen Tagen. Es ist, wie man weiß, ewig und unabänderlich, was man jetzt wohl dahin deuten muß, daß kein Wort davon jemals aus dem Reich der Ideen in die Wirklichkeit übertragen werden wird.

Es scheint, daß Gjalmar Schacht triumphiert, und jede seiner Reden offenbart sein Siegesgefühl. Er verliert öffentlich die Furcher der Rindfleischhaft und die Pläne-macher und proklamiert hochkapitalistische Wirtschaftsgrundsätze, so daß er in den Kreisen der privilegierten „alten Kämpfer“ wie Ley, Darré usw. nur als „Liberalist“ oder auch als „weißer Jude“ bezeichnet wird. Das von diesen „sozialistischen“ Kreisen der Partei gegen den Reichsbankrott-Körper unternommene Kesseltreiben, weil dieser angeblich einen Erwerblosen wegen 4 Mark Reichslohn ermittelten wollte, war in Wirklichkeit eine Aktion gegen Schacht, der sich durch Abreise aus Berlin und durch Abfagen einer Rede im Sportpalast dagegen wehrte. Außerdem streifte der Reichsbankdirektor Focke, der zu den Saarverhandlungen des Dreierausschusses nach Rom fahren sollte,

Nachdem ihm das Vorseitliche Gottfried Feder's vollkommen gelungen ist, verfolgt Schacht als Exponent der wirtschaftlich führenden Schichten die Realisierung Dr. Robert Voss, der sich mit zappelnder Verzweiflung das gegen wehrt, daß ihm ein Stück Macht nach dem andern — es sind bezeichnenderweise mit der Entmündigung auf dem Kassengebiete der „Arbeitsfront“ an — fortgenommen wird.

Er ist in Wahrheit schon seit längerer Zeit nur noch Wardenprediger, und nun hat man ihn dahin gebracht, daß er sich noch der Saarabstimmung eine Predigtfahrt durch ganz Deutschland macht, die er lei h damit begründet, er wolle feststellen, ob der morgendliche Betriebsappell an Stelle der Antitrolluhr klappt. Damit beschäftigt sich monatelang der Präsident der Deutschen Arbeitsfront! Es ist die vollendete Niederlage, die nur kümmerlich dadurch maskiert wird, daß man den übermächtigen Generalmajor Schacht da und dort in ganz vereinsamten seltenen Ausnahmefällen durch die Nachregulierung eines Betriebsführers zu ärgern verliert.

Hinzukommt, daß am 21. Dezember die unter dem Einfluß des Dr. Voss stehende politische Tageszeitung „Der Deutsche“ eingezogen wird. Es ist richtig, daß sie an Abonnentenschwund leidet und Zuschüsse erfordert, aber das würde bei den Mitteln der „Deutschen Arbeitsfront“ natürlich kein Grund sein, das Blatt aufzuheben, wenn Voss noch die Macht hätte, ein eigenes politisches Sprachrohr durchzusetzen.

Dr. Voss Position ist schon zu geschwächt, als daß er sich öffentlich gegen Schacht zur Wehr legen konnte. Das hat der Reichsbauernführer Darré auf dem romantisch aufgelegenen Reichsbauernthing in Goslar versucht.

Schacht war nicht eingeladen und war auch einer der wenigen obersten Würdenträger, die kein Glückwunschtelegramm geschickt haben. Darré redete nicht nur in dem ordnungsmäßigen Antisemitismus daher, den Schacht wegen seiner Bemühungen um ausländische Finanz- und Wirtschaftskreise nicht brauchen kann, sondern machte auch einen klaren Vorstoß autoritärer Wirtschaftspolitik gegen die Bemühungen Schachts den deutschen Außenhandel wieder flott zu machen. Darré verlangte nicht mehr und nicht weniger als daß die gesamte übrige Wirtschaft sich den Grundfragen der Reichsbauernführung unterordnen müsse.

Es wird von Teilnehmern der Tagung erzählt, daß am Schluß der Rede Darrés in dem endlosen Beifallsturm der Präsident der Deutschen Arbeitsfront Dr. Voss, der übrigens ganz einflußlos und geistig beschränkte Reichs-

Handwerksmeister Schmidt und der in seiner Position wackelnde Stellvertretende Führer der Wirtschaft Graf von der Goltz aufgesprungen seien, um Tarre demonstrativ die Hand zu schüttern. So sollte eine Einigung der gesamten proletarischen, bäuerlichen und handwerklichen Sektoren der Wirtschaft gegen die hochkapitalistische Politik des Dr. Schacht symbolisiert werden.

Der Reichsbankpräsident und Reichswirtschaftsdiktator ist die drohende Angriffe der entmachteten Demagogen. Sie für ihre Agitation den Sozialismus der dummen Masse gemacht, nun einmal brauchen, mit einer Gewaltenteilung über sich erheben, die aus der Gewissheit kommt, daß er nicht nur der Vertrauensmann des „Führers“ ist, sondern dieser selbst seine Zuflucht bei der Reichswehr sucht und nicht bei seinen kompromittierten „alten Kämpfern“. Es ist auf weiter Flur niemand sichtbar, der gerade jetzt Schacht gefährlich werden könnte. Sein Vorgänger im Reichswirtschaftsministerium Herr Schmidt tritt eine angeblich private Reise nach Nordamerika an, und man sagt, daß er dort Herrn Dr. Luther erleben sollte, den Vorkämpfer in Washington. Der Reichswehrkommissar Dr. Goerdeler ist in Vertrauensmann Dr. Schachts und hat soeben die berühmten Einzelaktionen der SA und örtlicher Sozialisten gegen Wehrmacht verboten. Der Radikalismus „alter Kämpfer“, selbst wenn er sich vorwiegend gegen jüdische Händler richtet, ist zur Zeit nicht opportun.

Der „Führer“ aber? Man hört nichts davon, daß er seinen alten und ältesten Freunden Feder und Ley in ihrem Kampf gegen die hochkapitalistischen Mächte wieder die Hand drückt und ihnen unbelugentreu in die Vermonenungen schaut. Wohl aber wird gemeldet, daß der vielbeschäftigte Mann doch noch Zeit gefunden hat, in das Sanatorium Welker Dirsch bei Dresden zu fahren, um dem erkrankten Reichswehrminister Blomberg einen Besuch abzustatten. Am 20. Juni hat Blomberg einen Vortragsabend im „Völkischen Beobachter“ veröffentlicht, der — für die Öffentlichkeit an diesem Tage noch nicht erkennbar — die Treueerklärung der Reichswehr für die Blutaktion des 30. Juni gegen Dillers alle Kämpfer um Röhm enthielt.

Tarre und Ley und von der Goltz sind nun vom Weissen Dirsch her gewarnt.

Der einzige Waffenträger in Hitler-Deutschland ist die Reichswehr und einziger Wirtschaftsträger ist der Kapitalismus, geführt von Dr. Ojalmar Schacht.

Rebellierende SA-Führer

Es werden ihnen die Pässe entzogen

Berlin, 22. November.

In verschiedenen Teilen des Reiches haben Kampfdemonstrationen „alter Kämpfer“ in der SA gegen den jetzigen Kurs Hitlers stattgefunden. Zahlreiche dieser Leute ist der Pass entzogen worden, damit sie bei einer Aktion gegen sie nicht ins Ausland entkommen können. Im Zusammenhang damit steht die Anordnung, daß Parteiveranstaltungen nicht ohne die Erlaubnis der zuständigen Führung stattfinden dürfen. Der „Führer“ hat umfassende Vorbereitungen im Zusammenhang mit der Reichswehr und der Schupo gegen eine Ausbreitung der neuen Oppositionsbewegung getroffen.

Ohne Recht, ohne Schutz

Frankfurt a. M., 22. Nov. (S. T. A.) Wie das „Frankfurter Volksblatt“ meldet, hatte sich das Arbeitsgericht mit dem Klagenanspruch einer jüdischen Arbeitnehmersin zu befassen. Die Klage auf Widerruf ihrer Kündigung darauf gestützt, daß sie als Jüdin in allein wegen dieser Eigenschaft nicht entlassen werden könne. Das Arbeitsgericht hat die Klage abgewiesen. In den Urteilsgründen wird festgestellt, daß die Kündigung keine unbillige Härte in diesem Falle darstellt. Nach dem Bericht des Frankfurter Volksblattes hat das Gericht zugleich die Klage aufgeworfen, ob bei der Klägerin überhaupt ein Kündigungsbedürfnis vorliege, da die Fälle immer zahlreicher werden, daß Juden, die auszuwandern gedenken, nur auf einen erwünschten und nach ihrer Meinung günstigen Abgang warten.

Diese Ansicht wird damit begründet, daß die Klägerin, die zum nächsten Termin gekündigt worden war, nachdem das Geschäft auf einen neuen arischen Inhaber überging, ein Zeugnis verlangt hatte, das die Angabe enthalten sollte, daß die Klägerin nur deshalb entlassen worden sei, weil sie Jüdin ist. Man werde, so meinte das Gericht, nur ein Zeugnis verlangen, das fördert und nicht eines, das in Deutschland nur schädigen kann, weil es nämlich den Schluß und die Absichten der Klägerin offenbart, ein Zeugnis zu bekommen, das dazu bestimmt sein soll, die deutsche Volksgemeinschaft im Ausland zu schädigen und bei Stellenbewerbungen im Ausland falsches Mitleid zu erregen. Der Anspruch auf Widerruf der Kündigung richte sich nicht nur auf die Weiterbeschäftigung an sich, sondern für den Fall, daß der Unternehmer die Wiedereinstellung ablehnt, auch auf Ausschluss einer vom Gericht festgestellten Entschädigung. Es könne angenommen werden, daß die Klägerin gerade dies wolle, wenn ihr beim Verlangen eines derartigen Zeugnisses an einer Wiedereinstellung bei der Beklagten und einer weiteren Tätigkeit in Deutschland nicht viel liegt.

England und Japan

Das Ende des Washingtoner Flottenabkommens

London, 22. Nov. Wir haben bereits in unserer vorigen Ausgabe berichtet, daß an einer Kündigung des Washingtoner Flottenabkommens von japanischer Seite nicht mehr zu zweifeln ist. Auf der Londoner Flottenkonferenz ist es zu keiner Einigung gekommen. Der japanische Botschafter suchte Sir John Simon auf und überreichte ihm die Antwort der Tokioter Regierung, in welcher, wie wir schon mitgeteilt haben, der englische Kompromißvorschlag eindeutig abgelehnt wird.

Das Schicksal des Washingtoner Flottenabkommens ist mit dieser japanischen Antwort endgültig besiegelt. Immerhin werden die Verhandlungen in London weitergeführt, da man von englischer Seite den Versuch macht, wenigstens eine Verständigung in einigen anderen Fragen, die außerhalb der Flottenparität liegen, zu erzielen. Die Verhandlungen sollen sich auf die sogenannte qualitative Mächtigkeitsbeschränkung beziehen, wonach für jeden Kriegsschiffstyp eine bestimmte Tonnage festgesetzt würde. Auch die Frage der Beschränkung im Pazifischen Ozean wird noch zwischen den beteiligten Mächten erörtert. Es handelt sich hierbei in erster Linie um die Frage der Befestigung der strategisch wichtigen Aleuten-Inseln und der den Japanern als Schutzgebiet übertragene ehemaligen deutschen Inseln im Pazifischen Ozean.

Aktivität in Genf

Besprechungen zwischen Laval und Litwinow

Genf, 22. November.

Mit der Ankunft Pierre Laval und des russischen Außenministers Litwinow ist Genf wieder in das Zentrum der europäischen Politik gerückt. Von größter Bedeutung ist die Unterredung, die zwischen Laval und Litwinow stattgefunden hat. An dieser Besprechung nahm auch der neuernannte Sowjetbotschafter in Paris Potemkin, und der Botschafterrat Rosenberga teil. Die Unterhaltung bewegte sich vor allem über den Abschluss des sogenannten Ökopaltes. Sowjetrußland ist nach wie vor an dem Abschluss eines Ökopaltes interessiert. Litwinow hat sich, wie es scheint, die Unterstüßung Laval's dahingehend gesichert, daß Frankreich noch einmal versuchen wird, in Paris an zu intervenieren, um Polen zum Beitritt des Ökopaltes zu veranlassen. Auch soll bei der Besprechung zwischen den beiden Ministern die Beziehung Sowjetrußlands und Frankreichs zum „dritten Reich“ geübert worden sein. Wie wir aus Kreisen der russischen Delegation erfahren, besteht nach wie vor zwischen den beiden Großmächten vollständige Einigung in bezug auf ihre Politik gegenüber dem „dritten Reich“. Bei der Unterhaltung zwischen Laval und Litwinow soll übrigens auch die Saarfrage geübert worden sein, wobei Litwinow die Unterstüßung der französischen Saarpolitik versprochen haben soll.

Neben der Unterhaltung der beiden Minister wird große Bedeutung dem jugoslawischen Memorandum über das Marseller Aitentat beigemessen. In diesem Memorandum soll eine ziemlich scharfe Sprache gegen Ungarn geführt werden. Es steht noch nicht fest, ob tatsächlich das jugoslawische Memorandum in der nächsten Sitzung des Völkerbundes zur Besprechung gelangen wird. Es scheint, daß Laval den Versuch gemacht hat, den jugoslawischen Außenminister Jevittsch, der ebenfalls in Genf weilte, zu

überreden, die Denkschrift erst in der Januar-Sitzung des Völkerbundes zur Behandlung gelangen zu lassen. Laval möchte nämlich angesichts seiner Vermittlungskommission in Rom eine Verschärfung der Gegenfrage zwischen Jugoslawien und Ungarn in dem gegenwärtigen Augenblick vermeiden.

Die Behandlung der Saarfrage ist wieder einmal verschoben worden. Die Sitzung des Völkerbundesrates, die sich mit dem Saarproblem beschäftigen wird, wird voraussichtlich erst Montag oder Dienstag stattfinden, da der Dreierauschuss in bezug auf wirtschaftliche Fragen noch zu seinem Ergebnis gekommen ist.

Eine gewisse Sensation hat in Genf die Tatsache erregt, daß Österreichs Vertreter für die Abrüstungskonferenz, Baron Pflügel, auf der Tagung des Präsidiums der Konferenz im Namen seiner Regierung die Erklärung abgegeben hat, daß Österreich in bezug auf die Verbleibungsfrage unbedingte Gleichberechtigung verlangt.

Scharfe Sprache in Belgrad

Belgrad, 21. November.

Des halbamtliche „Vreme“ schreibt, Jugoslawien habe nach dem Marseller Königsmord das Recht auf volle Genugtuung, zu deren Erlangung es nur zwei Wege gehabt habe: die Quantifizierung des Völkerbundes oder Krieg. Jugoslawien habe den ersten Weg gewählt und werde nur für den Fall, daß dieser sich als nutzlos herausstellen sollte, Genugtuung auf andere Weise fordern. Die Großmächte und das Generalsekretariat müßten sich jetzt ihre Haltung zu überlegen, denn es handele sich nicht nur um das Schicksal des Völkerbundes sondern auch um die Sicherheit der Staaten und damit um den europäischen Frieden.

Die französisch-italienische Annäherung

Botschafter Chambrun bei Musso'ini

Rom, 22. November.

Der französische Botschafter Chambrun, der vor einigen Tagen in Paris weilte und dort eine eingehende Unterredung mit Laval hatte, wurde gestern von Mussolini empfangen. Die Unterredung zwischen dem Chef der italienischen Regierung und dem französischen Botschafter dauerte über eine Stunde. Dieser Unterredung wird in politischen Kreisen eine außerordentliche Bedeutung beigemessen.

Chambrun unterrichtete Mussolini, auf Grund der Instruktionen, die er von Laval bekommen hat, über die Einzelheiten einer französisch-italienischen Verständigung. Chambrun soll im Namen Frankreichs absolut konkrete Vorschläge unterbreitet haben, über deren Inhalt Stillschweigen gewahrt wird.

Immerhin glaubt man in beteiligten Kreisen, daß Frankreich sich grundsätzlich bereit erklärt hat, den italienischen Wünschen in bezug auf Tunis und den Westeten um den Tschad-See entgegenzukommen. Auch scheint Frankreich in der Frage der Neutralität am Mittelmeer zu Konzessionen bereit zu sein. Schwierigkeiten scheinen aber noch wie vor die Regelung einer Verständigung zwischen Italien und Jugoslawien zu bereiten. Chambrun hat im Auftrag Frankreichs auch in dieser Frage bestimmte Vorschläge gemacht.

Die Gegenforderungen Frankreichs betreffen in der Hauptsache darin, daß von Italien eine Unterstüßung der fran-

zösischen Politik Deutschland gegenüber verlangt wird. Frankreich fordert von Italien vor allem, daß es die Revisionstendenz Deutschlands und Ungarns nicht unterstützt und daß es in der Aufrüstungsfrage einseitig den französischen Standpunkt einnimmt.

Es ist hier auch allgemein beachtet worden, daß der französische Botschafter, der früher Gesandter in Wien war, auch mit dem Bundeskanzler Schulenburg, vor dessen Abreise aus Rom, eine längere Unterredung hatte. Chambrun wollte, wie es scheint, genaue Informationen über die Haltung Österreichs gegenüber dem „dritten Reich“, sowie gegenüber den ungarischen Revisionstendenz einholen.

Die Romreise Laval's

Paris, 22. November.

Aus Kreisen des Quai d'Orsay wird mitgeteilt, daß auf Grund des günstigen Verlaufs der Unterredung zwischen Mussolini und dem französischen Botschafter in Rom, Chambrun, Außenminister Laval seine bisher veranschlagte Romreise demnächst antreten wird. Der genaue Termin der Reise steht jedoch noch nicht fest. Vor der Reise Laval's soll bei den Vorbereitungen in den wichtigsten Fragen eine Einigung erzielt werden. Immerhin glaubt man, daß Laval spätestens am 20. Dezember nach Rom reist.

Nervosität in Frankreich

„Augenblicklich glaubt jeder alles“

(Von unserem Korrespondenten.)

Paris, 22. November.

Am Dienstag durchliefen die wildsten Gerüchte Paris, die ihren Ursprung offenbar in Börsenkreisen hatten. Es hieß, daß sich innerhalb der Regierung Meinungsverschiedenheiten ergeben hätten und daß sie kurz werden würde. Wieder andere wollten von der Mobilisierung eines ganzen Jahrganges wissen, da der Krieg in einem Monat bevorstehe. Und die Superlinsen behaupteten, daß das Defizit nicht fünf Millionen, sondern drei Milliarden Franken betrage. Alle diese Gerüchte konnten um so mehr Glauben gewinnen, als der Vorkriegspolizeikommissar nichts zu ihrer Dementierung tat, so daß erst in den späten Abendstunden der Innenminister sich in kategorischer Weise gegen all die Gerüchte wenden konnte. Der seine Pflicht in dieser Form vernachlässigende Polizeibeamte wurde sofort seines Dienstes entbunden.

Mit diesem Vorfall beschäftigte sich Gallus im „Antranhaicant“: Man könnte und sollte über all den Unfuss lachen. Aber keiner läte es und das sei das Erste daran. Denn Augenblicklich glaubt jeder alles, weil jeder Angst vor allem habe. Paris habe schlechte Nerven und lebe mit dem Augenbewußtsein der Neurastheniker.

Gute Ratsschlüsse seien da vergeblich, man müsse vielmehr versuchen, das Vertrauen solcher Kranke geduldig zurückzugewinnen. Sie wünschen vor allen Dingen eine sofortige Besserung ihres Zustandes feststellen zu können, und man dürfe sich nicht einbilden, daß sie ruhig seien, wenn sie sich ruhig verhalten.

Es gebe, so schließt Gallus, immer noch zu viele Menschen, die aus den Vorgängen am 6. Februar nichts gelernt hätten. Nur sie wäre die ganze Sache nur eine Episode ohne Fortsetzung gewesen und noch ihrer Ankunft genügt zur Vermeidung einer Wiederholung die Auflösung aller Rechts- und Pflichten. Aber leider seien diese Hände nicht die Ursache, sondern nur die Wirkung. Und die Ursache müsse man durch tiefgreifende Reformen abstellen.

Die Sorge um Deutschlands Rüstung

(Von unserem Korrespondenten.)

Paris, 22. November.

Die Pariser Presse fährt fort, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die ungeheuren im schnellsten Tempo

fortschreitenden Rüstungen Deutschlands zu lenken. Unter der Ueberschrift „Die deutschen Flugzeugfabriken arbeiten Tag und Nacht und beschäftigen drei Schichten Arbeiter“ schreibt Yves Rieger im „Paris-Midi“, wir glauben nicht, wie die „Daily Mail“ behauptete, daß die deutsche Flugzeugproduktion 1000 Flugzeuge wöchentlich beträgt. Aber die Einzelheiten, die wir aus beruflicher Quelle haben, sind nicht weniger erschreckend in bezug auf die deutsche Tätigkeit im Flugzeugwesen. Die Flugzeugfabriken jenseits des Rheins arbeiten augenblicklich Tag und Nacht und beschäftigen drei Schichten Arbeiter.

Wir kennen nicht die Produktionsziffern. Diese müssen aber bedeutend sein, denn unseres Wissens nach habe General Denain gesagt: „Göring arbeitet gegenwärtig viel schneller als ich!“

Mit Höchstgeschwindigkeit stellen die deutschen Fabriken Flugzeugkörper her, deren Leistungen unvergleichlich größer sind als die der Mehrzahl unserer Apparate.“

Nur in einem Punkte, so heißt es weiter, sei Deutschland im Rückstand: in der Motorenfabrikation. Aber das Reich habe kürzlich für hundert Millionen Franken Motoren in den Vereinigten Staaten und in England gekauft. Mit dieser Lieferung könne es schon einige hundert Flugzeuge motorisieren. Im übrigen habe man Grund zu der Hoffnung, daß die deutschen Fabriken selbst die nach dem neuen Zustand der Technik gearbeiteten Motoren nachhaken.

Die deutsche Luftflotte

Paris, 22. Nov. Im Luftfahrtministerium der Kammer hat sich am Mittwoch der Luftfahrtminister Denain über die deutschen Luftrüstungen geäußert. Er trat „phantastischen“ Behauptungen entgegen, erklärte aber, daß Deutschland seit einer Reihe von Monaten Kampfflugzeuge baue und dies auch nicht verheimliche. Anfang 1935 werde Deutschland etwa 1000 Kampfflugzeuge haben. Er werde die französische Luftflotte rasch auf das gleiche Niveau bringen wie die deutsche, wenn man ihm die entsprechenden Mittel bewillige. Denain wies darauf hin, daß die deutschen Kampfflugzeuge den französischen in der Technik und in der Schnelligkeit überlegen seien.



FÜR DEUTSCHLAND GEGEN HITLER

Für eine internationale Sicherheitstruppe

Unzulässige Inschriften

Eine Mitteilung der Abstimmungskommission

Es ist der Abstimmungskommission zur Kenntnis gekommen, daß an einer Reihe von Häusern im Saargebiet Aufschriften angebracht sind, welche ein politisches Bekenntnis zur Abstimmung darstellen.

Die Abstimmungskommission muß in diesem Zusammenhang auf die Strafbestimmungen des Artikels 61 der Abstimmungsordnung des 7. Juli 1934 hinweisen, wonach derjenige, welcher durch unerlaubte Mittel, selbst wenn er mittelbar handelt, eine Person zu bestimmen sucht, zu offenbaren, in welchem Sinne sie abzustimmen gedenkt, mit Gefängnis von 3 Monaten bis zu 3 Jahren bestraft wird; die Strafe kann nicht weniger als 1 Jahr betragen, wenn die Tat von mehreren Personen gemeinsam begangen wird.

Die Abstimmungskommission warnt daher vor jedem Versuch, das Anbringen von Plakaten und Anbringen von Aufschriften anzukündigen, um die Stimmabsichten kundzutun. Sie behält sich vor, die für zur Kenntnis kommenden Fälle der Ausübung von Druck und Drohung der Staatsanwaltschaft des zuständigen Abstimmungsgerichtes anzuzeigen.

„Führerwechsel“ in der „deutschen Front“

Diktatorische Ernennung von Nachfolgern

Nach der an der Spitze der heutigen Ausgabe veröffentlichten Verordnung der Regierungskommission dürften mittelbare und unmittelbare Beamte sich während des Abstimmungskampfes nicht mehr politisch betätigen. Die Verordnung, die natürlich keineswegs nur die „deutsche Front“ trifft, wie die gleichgeschaltete Presse es hinzuhallen liebt, ist durch die Ernennung von Beamten wie Pirro hervorgerufen, die keine Rede halten, keinen Auftritt halten können, ohne daß sie Andersdenkende in den wüsten Worten diffamierten.

Infolge der Verordnung hat den neuesten Aufruf der „deutschen Front“ nicht mehr der Landesleiter Pirro, sondern dessen Stellvertreter Rietmann gezeichnet. Er sagt, daß „auf einen Schlag eine Reihe von Ortsgruppen, Zellen usw. führerlos werden“. Alle in Frage kommenden Personen müßten sofort ihren Nachfolger ernennen. Die Ernennung sei für die Mitgliedschaft bindend. „Uns ist es völlig gleich, wer nun Ortsgruppen- oder Zellenleiter ist. Die Person spielt in der neu geschaffenen Situation aber auch gar keine Rolle.“

Aus Rotterdam

wird uns geschrieben: Vor einigen Tagen legte das saarländische Schiff „Hans Herdt“ aus Saarbrücken, Eigentümer Kurt, hier im Hafen an. Das Schiff trug die auf beiliegender Fotografie erkennbare Wahlfahne: „Merkt's euch gut, am 13. Januar wird's wahr, wie trau' meine Heimat, die Saar, wie sie war vor 1000 Jahr: deutsch“.

Ueber diese dreifache in Holland getriebene Hitlerpropaganda empörte Holländer veranlaßten die Wasserpolizei zur Entfernung der Fahne. Die Wasserpolizei beschlagnahmte die gesamte Beschriftung. Vorher wurde das Schiff im Haag bei der Durchfahrt vom Publikum mit Steinen beworfen, vor allem von Frauen, so daß kein Fenster ganz blieb. Polizei begleitete das Schiff bis Rotterdam.

Arm Saarvöglein

Im Zusammenhang mit der Auspützung des deutschen Volkes wegen der Saarabstimmung haben natürlich auch die Winkelschriftsteller Hochkonjunktur. Keine Abhandlung über die Saar, keine Saarlitzge, kein Saartroman könnte so verlogen und lässig sein, daß sie nicht etwa von Zeitungen und Zeitschriften gedruckt würde. Besonders die deutsche Provinzpresse ist reichlich damit besegnet und nicht wahllos in dem, was sie ihren geduldenen Lesern vorsetzt. Die unglaublichen Entstellungen und Verdrehungen, die graukalten Erfindungen, stark an die verächtlichen Großschendlichen aus der Jugendzeit erinnernd, werden dem ahnungslosen Leser aufgeschichtet und er nimmt alles für baze Münze, kein Gedanke könnte ihm kommen, daß er einem ungeheuerlichen Schwindel zum Opfer fällt und zwar einem Schwindel mit dem ausgesprochenen Zweck, das Volk zu verhexen und die nationalpolitischen Leidenschaften bis zur Hochkur anzuspitzen.

Ein Musterbeispiel für eine derartige Vergiftung des unwissenden Volkes ist die „Skizze“ von Hermann Timm mit dem höchst verdächtigen und lässigen Titel „Arm Saarvöglein“. Sie findet sich in der Sonntagsunterhaltungsbeilage einer norddeutschen Provinzzeitung. Thema: Die hartnäckige Unterdrückung und Verfolgung eines saarländischen Bergarbeiters durch die „Saarkommission“ und die Grubenverwaltung. Doch lassen wir rasch den „Dichter“ Hermann Timm selber sprechen:

„Als zum Jahre 1932 hatte der Bergmann Johannes Rehm mit seiner Ehefrau Dorothea friedlich als deutscher Arbeiter in dem Dorf am Panterbach gewohnt. Das bereits ein Dutzend Jahre andauernde Regiment der Saarkommission hatte an dem Deutschland des Johannes Rehm nichts zu ändern vermocht.“ — Nun kommen zwei Sätze von dem selbstverständlichen Deutschland des Arbeiters und vom „französischen November 1918“, bis dann Timm fortfährt:

„Wie konnte man überhaupt noch der Ansicht des Johannes Rehm auf die Meinung kommen, die Deutschen an der Saar wären keine Deutschen! Wenn er die Familienchrift nachschaute, dann mußte Johannes Rehm trotz des Unglücks, vom großen Vaterland getrennt zu sein, lachen ob des Bemühens der Saarkommission, aus ihm einen Franzosen zu machen. Und wie Johannes Rehm, so dachte alle die Deutschen an der Saar.“

So, so! Herr Schriftsteller Timm ist wohl nie im Saargebiet gewesen, sonst müßte er, daß „alle Deutschen an der

Man schreibt uns:

Es ist kein Ruhm für das derzeitige Deutsche Reich und ebensowenig für die vielgerühmte deutsche Beamten-Pflicht-treue, daß seit geraumer Zeit die Frage des Schutzes der Saarbevölkerung durch nichtdeutsche bewaffnete Mannschaften in allen beteiligten Kreisen in ihrer Notwendigkeit erkannt und ihre Durchführung mit Eifer erörtert wird. Die Einzelheiten sind bekannt genug; es genügt hier, die entscheidenden Punkte noch einmal in aller Kürze zu betrachten.

Man kennt die Schwierigkeit, die sich der Bildung einer neuen Polizeitruppe, hauptsächlich infolge der ablehnenden Haltung des Schweizer Bundesrats, entgegenstellen haben. Es ist auch kein Zweifel, daß eine solche Truppe, wenn sie täglichen Dienst versehen soll, den größten Erschwerungen ihrer Tätigkeit begegnen wird. Sie kennt nicht die Personen, nicht die Verhältnisse und Schlupfwinkel, nicht einmal die eigenartige Sprache der Bevölkerung, wird sich also nur schwer verständigen können. Dazu darf sie mit Sicherheit darauf rechnen, daß man ihr jeden möglichen Stein in den Weg legen, jeden Schabernack antun wird, und daß dabei die „Kollegen“ von der alten, meist gleichgeschalteten Polizei ihnen nicht die geringste Hilfe leisten werden. Den nächstliegenden Gedanken, die Polizei aus einheimischen, aber auf dem Boden der bestehenden Ordnung stehenden und für die Regierung zuverlässigen Kräften zu rekrutieren, hat man ja, wohl aus solcher Rücksichtnahme auf das zu erwartende Geschehen der „deutschen Front“, bei Seite gelassen, muß sich also mit dem Notbehelf der ausländischen Hilfskräfte begnügen und die damit verbundenen Mängel in Kauf nehmen.

Die Erklärung Frankreichs, im Falle eines Putschs zum Einschreiten bereit und imstande zu sein, die an sich nur der von Frankreich übernommenen Vertragspflicht entsprach und für den Fall ordnungsmäßigen Verhaltens der braunen Partei keinerlei Drohung enthielt, ist dennoch mit unerbittlichem aber geschicktem Eifer benützt worden, um die reichsdeutsche Bevölkerung in ungeheurer Erregung zu versetzen und die Gefahr ernsterer Verwicklungen, der sie gerade vorbeugen sollte, in die Nähe zu rücken. Es ist auch nicht zu leugnen, daß, wenn der Notfall eintreten sollte, nichts so sehr geeignet wäre, Del ins Feuer zu gießen und zur Auspützung des deutschen Volkes zu dienen, wie ein

solches Eingreifen, möge es in Wahrheit (die hier ja nicht maßgebend sein wird) noch so berechtigt sein. Auch ist gar nicht daran zu zweifeln, daß für den Fall eines Gewaltstreiks französische Truppen, seien sie noch so nah der Grenze verammelt und selbst ausreißend motorisiert und mit Flugzeugen ausgerüstet, gerade recht kommen würden, um die Täter nach beendeter „Aktion“ abzuholen zu lassen und den stillen Spott ihrer Freunde zu genießen.

Darum soll hier in letzter Stunde den verantwortlichen Stellen ein Vorschlag unterbreitet werden, der wohl geeignet sein dürfte, die wesentlichen Nachteile der anderen Vorschläge zu vermeiden: Sicherheit zu bieten, ohne die Verhältnisse über Gebühr zu erregen. Wir schlagen vor: Der Völkerbund müsse eine gemischte Truppe, etwa eine Brigade, aus geschlossenen Einheiten verschiedener und zwar ausschließlich germanischer Staaten bilden, die schon rechtzeitig vor der Abstimmung im Saargebiet selbst Garnison besäße.

Wir denken dabei, daß nach der Art der europäischen Truppen, die 1897/98 die Ordnung in Argentinien aufrechterhalten haben, unter der Führung eines vom Völkerbund bestimmten Generals eine Anzahl englischer, holländischer, schwedischer und norwegischer Truppenkörper, alle also aus Ländern, die mit dem Deutschen Reich in keinerlei grenznachbarlichem Gegensatz stehen, das Saargebiet besetzen. Ein größerer Teil hätte in Saarbrücken Garnison zu beziehen, die anderen in den wichtigsten Orten. Diese Truppen sollten keinen Straß- oder sonstigen Polizeidienst tun, sondern nur auf Anrufen der Regierungskommission jeden Augenblick zum Schutze der Ordnung zur Verfügung stehen. Irrendwelsche künstlichen Gefährlichkeiten würden dabei schwerer zu erregen sein als im Falle französischer Eingreifens. Andererseits würde den für die deutsche Politik Verantwortlichen der Ernst der Stunde und die Unschlüssigkeit des ganzen im Völkerbund vereinigten Europa zur Zurückhaltung jeder Gewalt deutlich zu Gemüte geführt.

Möchte der Völkerbundrat unserer Anregung Folge geben! Es handelt sich um das höchste Mittel, Verbrechen schwerster Art zu verhindern, ohne böswilliger Kriegshetze neue Nahrung zu liefern.

Kampf für den Frieden

Aus Reunfirchen wird uns geschrieben: Die Kundgebung des Initiativkomitees für den Frieden nahm einen glänzenden Verlauf. Bereits eine Stunde vor Eröffnung des Saalhauses fanden sich Hunderte vor dem Eingang. Innerhalb weniger Minuten war der Saal bis auf den letzten Platz besetzt, so daß niemand mehr Eingang finden konnte. Etwa tausend Personen aus allen Schichten der Reunfirchener Bevölkerung waren erschienen, wieder anzuführen.

Es wurde folgende Entschließung angenommen: Die erste Kundgebung des Saarländischen Initiativkomitees für den Kampf um den Frieden am 19. November in Reunfirchen begrüßt aus vollem Herzen alle Friedensfreunde an der Saar, über der sich dunkle Kriegswolken zusammenballen. Die Veranlassung erkennt, daß der Nationalsozialismus in seiner Lehre und seinem Handeln der Todfeind des Friedens und damit der ganzen Menschheit ist. Die schaffende Saarbevölkerung aller Schichten erklärt ihre entschlossene Gegnerschaft gegen den Krieg, den die Dakenkreuz-Regierung gemeinsam mit Japan gegen die Sowjets zu entfesseln sucht. Demut der höchsten Verantwortung, die wir vor unserem Volk tragen, erklären die Vertommelten ihren heiligen Willen, das Saarland vor dem Zugriff des Dakenkreuzes zu bewahren und damit den Saarländern bitterste Kriegsnot zu

eriparen. Wir fordern das Initiativkomitee auf, die Fühne des Friedens in immer neuen Kundgebungen an der Saar zu entfalten.

Die Rechte der jüdischen Minderheit

Rom, 22. November.

Der Hochkommissar für die deutschen Minderheiten, Dr. Max Macdonald, hielt sich in diesen Tagen in Rom auf, wo er u. a. mit dem Vorsitzenden des Dreierausschusses, Baron Aloisi, eine Unterredung hatte. Macdonald hat Baron Aloisi darauf hingewiesen, daß es notwendig sei, die Rechte der jüdischen Minderheit an der Saar im Falle einer Rückgliederung unter allen Umständen zu sichern, damit eine neue Minderheitenwelle vermieden werde. Wie wir hören, hat Baron Aloisi Herrn Macdonald seine volle Unterstützung zugesagt und die Frage der Sicherung der Rechte der jüdischen Minderheit wird vorrangig in dem Memorandum, das der Dreier-Ausschuß dem Völkerbund unterbreiten wird, im Sinne der Forderung Macdonalds behandelt.

Minderheitenkommissar Macdonald ist übrigens auch von Unterstaatssekretär im Außenministerium La Voisign empfungen worden.

Saar lachen ob des Bemühens“ des Herrn Timm, der Saarkommission eine solche blöde Absicht zu unterstellen. Das glauben selbst die fanatischen Anhänger der „deutschen Front“ nicht. Nun, für die und für die Saarländer überhaupt ist es die Skizze des „Schriftstellers“ Timm nicht geschrieben, nur für die Reichsdeutschen. Für die ist der Schund des Timm gut genug!

Im Frühjahr 1932 aber sollte Johannes Rehm das Pöbeln über das nach seiner Meinung vergebliche Tun, die Saarländer zu entdeutschen, vergehen. Es war im Februar, als der französische Vorkriegslehrer ihm die Mitteilung der Grubendirektion brachte, nach Schicht auf dem Büro vorzusprechen. Johannes Rehm war höchst überrascht, als man ihn dort fragte, in welche Schule er seinen ältesten Sohn, der zum ersten April dieses Jahres schulpflichtig wurde, schicken wollte. In die Schule, die er auch besucht hätte, antwortete der Bergmann, denn um den Jungen studieren zu lassen, dazu habe er kein Geld bei dem knappen Lohn. An diese Frage erwiderte der französische Bürobeamte, habe die Saarkommission gedacht und die Tomantalschule eingerichtet, dort lernen die Schüler vom ersten Schultage an zwei Sprachen, Französisch und Deutsch. Er sollte sein Kind dort anmelden und nicht in die deutsche Schule, dieser Bonern- und Altpflichter. „Nein“, antwortete da Johannes Rehm, „Französisch braucht der Junge doch nicht zu lernen; wir kommen hier alle mit der deutschen Sprache aus, und das wird auch in alle Zukunft so bleiben.“ Der Grubenbeamte warf dem Bergmann einen zornigen Blick zu und sagte: „Nützen Sie Ihre Junge, Sie erhalten Ihr Brot von Franzosen. In vier Wochen habe ich die Anmeldung Ihres Sohnes Wilhelm in die Tomantalschule oder die Folgen haben Sie sich im andern Falle selbst anzuschreiben.“

Als er zu Hause das seiner Frau erzählte, weinte diese. Johannes Rehm haben sie uns in der Gewalt, entweder du schickst den Wilhelm in die französische Schule oder du erhältst bei den nächsten Feiertagen keine Papiere und bist erwerbslos. Was sollen wir machen? „Nichts“, sagte Johannes Rehm bestimmt. „Ich kann doch nicht Wilhelm Französisch lernen lassen, damit er nachher ein Randerwälschler wird.“ (Kleine Anmerkung für alle deutschen Bürgerreiter: „Rehm's schleunigst eure Kinder aus den höheren Schulen heraus, denn dort lernen sie Französisch und werden Randerwälscher!“) Nun der Timm wieder:

„Während der vier Wochen erkundigte sich Johannes Rehm, was es für Folgen hätte, wenn man als Bergmann einer Grube in französischer Verwaltung seine Kinder nicht

in die französische Schule schickte.“ (Wenn er das bis zum Jahre 1932 nicht gewusst hat, dann kann es ja mit dem „fürchterlichen Schulterror der französischen Grubenverwaltung“ nicht so schlimm gewesen sein. D. Red.) „Und er erfuhr nur Dickschraiges. Entweder wird man zum Vater an der deutschen Seele seines Kindes, dann behält man sein Brot — oder man bleibt deutsch und liegt als Arbeitsloser von der Grube auf der Straße.“

„Je näher Otern 1932 rückte, um so schwerer wurde Johannes Rehm die Entscheidung. Manchmal war er nahe daran, zu der Aufforderung des französischen Grubenbeamten ja zu sagen und Wilhelm in die Tomantalschule zu schicken. Aber blühte ihn Wilhelm so treuherzig mit den blauen Augen an und sagte: „An n' i' Schull geh ich,“ dann wurde dem Vater die Entscheidung wieder leicht.“

„No, und da fand die Frau einen Anweser und sie schickte den zehnjährigen, treuherzig an seiner Schule hängenden Knaben an einem Entel in der Pfalz. So muß unser Junge seine Heimat und Vater und Mutter verlassen, damit er deutsch bleiben kann.“ sagte die Mutter zum Abschied und weinte.“ „Der Zehnjährige hielt sich tapfer bei dem Abschied.“ — Johannes Rehm oder behielt seinen Arbeitsplatz.“

„Zwei Jahre lebt jetzt Wilhelm, das arme Saarvöglein, fern der Heimat, vertrieben aus ihr, weil er deutsch bleiben wollte. Jeden Tag schaut er über den Pfälzer Wald nach Westen zu seiner Heimat. Wann darf ich dorthin zurück? Denkt er. Wann wird das Saarland wieder frei? — Und mit gleicher Sehnsucht schaut Johannes Rehm über das Pfälzer Bergland nach Deutschland aus.“

„Am nächsten Frühjahr wird die kleine Marie schulpflichtig. Diese in die französische Schule zu schicken, kann er nicht übers Herz bringen. Das Mädchen gleich Wilhelm in der Pfalz zur Schule zu schicken, wird ihm nicht aliden. Die französische Grubenverwaltung wird hinter die Absicht kommen und ihn entlassen. Darum beten alle in dem Hause des Johannes Rehm: „Herr, laß uns 1935 wieder bei Deutschland sein!“

Das ist der Schluß. Wie gesagt, dieser Klisché ist nicht für Saarländer bestimmt, sondern für die Leser im „Dritten Reich“. Aber es ist doch ganz gut, wenn auch mal Saarländer so etwas zu lesen bekommen. Und sei es nur, damit man sich ein bißchen schämt über den Schwindel, der heute auf dem Rücken der Saarländer verübt wird und der nur dazu angefaßt, die Verhexung des Volkes und die nationalpolitische Aufpützung noch weiter zu treiben.

Der großkapitalistische Kurs

Das Reichswirtschaftsministerium teilt mit:
Der Reichswirtschaftsminister hat in einem Schreiben an die Landesregierungen und die beteiligten Stellen der Wirtschaft mitgeteilt, daß die gleichen Gründe, die ihn im vorigen Jahre im Interesse der Arbeitsbeschaffung veranlaßten, sich für eine ungestörte Abwicklung des Weihnachtsgeschäftes einzusetzen, auch in diesem Jahre vorliegen. Mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage Deutschlands, insbesondere im Interesse der Erhaltung und Schaffung von Arbeitsgelegenheit für deutsche Volksgenossen hält der Reichswirtschaftsminister einen völlig reibungslosen Ablauf des Weihnachtsgeschäftes für erforderlich. Er hat daher sein Rundschreiben an die Landesregierungen vom 16. Dezember 1933 erneuert und genaueste Beachtung der in dem Rundschreiben enthaltenen Grundzüge den in Frage kommenden Stellen zur Pflicht gemacht.

Die Landesregierungen haben somit auch in diesem Jahre jeder Störung des Weihnachtsgeschäftes nachdrücklich entgegenzutreten. Es soll sowohl der unbeeinträchtigte Verkauf von Weihnachtsgeschenken und Christumschmuck als auch eine ungehinderte Werbung in den Formen und in dem Rahmen, wie sie auch für Waren- und Kaufhäuser, Einheitspreis- und Filialgeschäfte sowie für nichtarische Betriebe für den Weihnachtsverkauf seit langem üblich sind z. B. durch Ausschmückung der Verkaufsräume, Schaufenster usw. Waren mit Tannenbäumen, Tannengrün und Lametta — sichergestellt werden.

Vor dem „nationalen Aufbruch“ hatten die NSDAP-Führer den verheißten Mittelständlern die Schließung der Warenhäuser und der Einheitspreisgeschäfte versprochen. Heute aber werden die kleinen Fleischläden, Bäckereien, Kolonialwarengeschäfte usw. wegen „überhöhter“ Preisstellungen geschlossen, während die Warenhauskonzerne durch ein besonderes Rundschreiben ausdrücklich unter den hohen Schutz Schutts genommen werden.

Die Unbelehrbaren

Auch Norwegen geprellt

Der „NZZ“ wird aus Oslo gemeldet, daß dort „allgemein Überraschung“ darüber herrscht, daß die Ausfuhr Norwegens nach Deutschland nach Einführung des Verrechnungsverfahrens über die Einfuhr von dort liegt. Die Folge davon ist, daß die Zahlung für die von Deutschland gekauften 150 000 Tonnen Wolöl längere Zeit, als anfangs erwartet, in Anspruch nehmen wird.

Mit Norwegen ist also genau dasselbe geschehen, wie mit England, Frankreich, Holland und anderen Ländern. Schacht hat das Verrechnungsabkommen auch Norwegen gegenüber dazu ausgenutzt, um möglichst viel Ware einzuführen, für die er keine Devisen zu zahlen braucht. Und in Norwegen tut man noch sehr „überrascht“! Verkalktes Europa!

Die verschuldete Reichsbahn

Im ersten Jahre des „dritten Reiches“ waren die Einnahmen der Reichsbahn auf den niedrigsten Stand seit 1927 herabgesunken und der Uberschuß der Ausgaben über die Einnahmen von 136 auf 206 Millionen gestiegen. Trotzdem konnte die Reichsbahn für das Jahr 1933 mit einem Reingewinn von 150 Millionen und einer Dividende von 7 Prozent aufwarten. Wie hat die Reichsbahn dieses Wunder fertiggebracht? Die Hitlerregierung hat der Reichsbahn die Ermächtigung erteilt, eine in den zehn Jahren von 1924 bis 1933 angesammelte Rückstellung für Abschreibungen auf die Betriebsanlagen in Höhe von fast 300 Millionen Mark rückgängig zu machen und als Gewinn zu buchen. Ohne diese Manipulation ergäbe die Gewinnrechnung der Reichsbahn für 1933 anstatt eines Reingewinnes von 150 Millionen einen Reilverlust in mindestens der gleichen Höhe. Der Zweck der Uebung ist offenbar, die ungeheure Zunahme der Ausgaben zu rechtfertigen, die in krassem Widerspruch zum Rückgang der Einnahmen steht und die ihr aus der Heranziehung zur Arbeitsbeschaffung erwächst. In den drei Jahren von 1930—1932 sind für diese Zwecke 326 Millionen ausgegeben worden, in dem einen Jahre 1933—1934 werden es nach „Wirtschaft und Statistik“ 731 Millionen sein, also weit mehr als das Doppelte. Selbstverständlich kann die Reichsbank diesen ungeheuren Mehraufwand nicht aus ihren Einnahmen bestreiten, weil ja ohnehin ihre Ausgaben größer als ihre Einnahmen sind. Sie muß also ihre Arbeitsbeschaffung mit Schulden finanzieren. Die Verschuldung der Reichsbahn, die Ende 1929 300 Millionen betragen hatte, ist bis Ende 1933 auf 1 Milliarde angewachsen und wird sich, nach der Schätzung von „Wirtschaft und Statistik“ Ende 1934 auf 2,6 Milliarden belaufen.

In Wirklichkeit ist aber die Verschuldung der Reichsbahn weit größer als ihre Jahresbilanzen erkennen lassen. Die Reichsbahn hat nämlich einige Abladestationen für ihre Arbeitsbeschaffungsstellen geschaffen, die ihr die Möglichkeit geben, einen Teil ihrer Schulden aus der eigenen Bilanz verschwinden zu lassen und sie in den Bilanzen von einem zu diesem Zwecke gegründeten Gesellschaften abzublenden.

Die Reichsbahn hat eine Tochtergesellschaft, die Reichsbahn-Eisenbahn-Bank, die der Reichsbahn völlig gehört und die nur den Zweck hat, die vorübergehend im Betrieb der Reichsbahn selbst überflüssigen Mittel anzulegen. Sie ist nur der

Dokumente der Hitler-Wirtschaft

Die Preissteigerung, die Devisenbewirtschaftung und Rohstoffverknappung haben im Hitler-Paradies eine Flut von Rundschreiben der Handelskammern, Parteistellen, Wirtschaftsverbänden und einzelnen Firmen nach sich gebracht, in welchen deutlich die Schwierigkeiten zum Ausdruck kommen, in denen sich gegenwärtig die deutsche Wirtschaft krampfhaft wendet.

Auch wir erhalten jetzt von unseren Freunden aus Hitler-Deutschland und dem Saargebiet derartige Rundschreiben mit dem Ersuchen, sie zu veröffentlichen. Aus technischen Gründen sind wir begreiflicherweise nicht in der Lage, allen Wünschen unserer Freunde und Leser nachzukommen, aber wir werden selbstverständlich bemüht sein, Dokumente, die typisch für die jetzt im „dritten Reich“ herrschende Mißwirtschaft sind, zu bringen.

Im nachfolgenden bringen wir den Auszug aus einem Schriftwechsel, der zeigt, welche Schwierigkeiten bei manchen Firmen durch die Einfuhrdrosselung entstanden sind und welche Verzögerung diese Maßnahmen bei der Kundschaft hervorgerufen hat. Die deutsche Zweigstelle der weltbekannten italienischen Kunstseidenfabrik Snia Viscosa schreibt:

Gesellschaft zum Import der Snia Viscosa
Textilprodukte m. b. H. Frankfurt a. M., 13. 10. 1934.

An die
Firma Merian & Co., G. m. b. H.
Höllstein.

Wir halten es für unsere Pflicht, Sie auf folgendes aufmerksam zu machen.

Die Ueberwachungsstelle für Seide, Kunstseide, Kleidung und verwandte Gebiete, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 32, teilte uns am 8. Oktober mit, daß für die Einfuhr von Kunstseiden (Sniafiooco) ein Kontingent von 200 000 Kilogramm für Italien vorgesehen sei. Wir hatten vorher entsprechende Genehmigungsanträge gestellt, die aber nur zum Teil genehmigt wurden, und zwar im Rahmen des vorerwähnten Kontingentes. Bei diesen Anträgen handelt es sich um Lieferungen, die bis zum 30. 9. 1934 erfolgten; trotzdem werden die Genehmigungen schon von dem Oktoberkontingent abgeschrieben, so daß dieses für uns erschöpft ist. Im Oktober haben wir nun weitere Lieferungen vorgenommen, für die wir nach der bestehenden Lage erst im November Genehmigungen erhalten könnten, hierzu kommen noch die Restmengen aus den Septembersendungen; damit wäre schon jetzt auch das November/Dezember-Kontingent erledigt.

In der Zwischenzeit haben wir nun mit den Behörden Verhandlungen gepflogen, um diese überraschende Kontingentierungsmaßnahme zu klären und möglichst die Anwendung des Kontingents zu besetzen, besonders in Anbetracht der unseren Abnehmern in ihrer Fabrikation durch diese Maßnahme erwachsenden großen Schwierigkeiten. Leider sind unsere Bemühungen bis heute erfolglos geblieben, so daß wir gezwungen sind, unseren Kunden das vorliegende Schreiben zukommen zu lassen.

Wir bedauern außerordentlich, infolge dieser Maßnahme unsere Lieferungsverpflichtungen nicht einhalten zu können; dies besonders im Hinblick auf die unseren Abnehmern verursachten Schwierigkeiten, zum anderen aber auch im Hinblick auf den unserer Lieferfirma entstehenden Schaden, die sich bereits groß auf den deutschen Bedarf eingestellt hat.

Die Lieferungsunterbrechung ist nach Lage der Dinge als ein Fall höherer Gewalt anzusehen.

Indem wir Sie bitten, davon überzeugt zu sein, daß von uns aus alles geschieht, um die Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, verbleiben wir

mit deutschem Gruß
gez. Gesellschaft zum Import der Snia
Viscosa Textilprodukte m. b. H.
gez. Penasa.

Die Firma Merian & Co., die diesen Brief erhalten hat, schreibt ihrerseits an ihren Berliner Kunden, eine bedeutende Textilfirma, folgendes:

Merian & Co. Höllstein, den 15. 10. 1934.

Im Anschluß an die bedauerlichen Mitteilungen bezüglich der Lieferungen von Webwaren, in welchen Snia-Flochten enthalten sind, überreichen wir Ihnen heute Abschrift eines Briefes der Gesellschaft zum Import der Snia Viscosa Textilprodukte m. b. H., Frankfurt, dessen Inhalt unsere Befürchtungen voll bestätigt. Wir müssen Sie daher bitten, uns aus allen Kontrakten, die auf Snia Spinnfaser lauten, zu entlasten.

Wenn uns von der einen oder anderen Seite unserer Kundschaft, wie dies bereits geschehen ist, Vorwürfe gemacht werden, daß wir uns früher mit Snia-Spinnfaser hätten eindecken sollen, so wollen wir diesen Freunden mitteilen, daß wir unsererseits unsere Abschlüsse mit unserer wertigen Kundschaft in dem Rahmen getätigt haben, wie uns unsererseits der Abschluß mit der Gesellschaft zum Import der Snia Viscosa Textilprodukte m. b. H., Frankfurt, auf Rohfaser-Lieferungen vorliegt. Wenn dieser Import heute, wie Sie aus dem beiliegenden Schreiben entnehmen können, gespart wird, so trifft uns daran am allerwenigsten irgendeine Schuld.

Mit deutschem Gruß gez. Merian & Co., G. m. b. H.

Die Preissteigerungskurve

Das Konjunkturinstitut gibt eine Untersuchung über die Preissteigerung heraus. Es stellt fest, daß die Preise ihren Tiefstand im Frühjahr 1933 erreicht haben. Damals setzte die berüchtigte Arbeitslosigkeit ein. Die Entwicklung der Großhandelspreise zeigt nachstehende Tabelle (1913=100):

	März 1933	Dez. 1933	Jan. 1934	Okt. 1934
Gesamtdex	90,9	96,2	97,2	101,0
Agrarstoffe	8,1	92,7	92,7	100,9
Konsumwaren	78,1	72,6	75,9	78,4
Industrielle Rohstoffe	87,2	87,1	90,8	92,1
Industrielle Fertigwaren	111,4	112,9	114,9	117,0

Die Erhöhung der Großhandelspreise beträgt also seit März 1933 gut 11 Prozent. Am stärksten ist die Erhöhung der Agrarpreise (22 Prozent).

„Hammeltage“

Wir haben bereits in unserer gestrigen Ausgabe über die überhöhten Wollpreise als Folge der Illobolitik berichtet. Den Bestrebungen, deutsche Wolle zu züchten, sind jedoch Grenzen gesetzt, worüber die Zeitschrift „Kreditreform“ u. a. schreibt:

„Es sind nun sehr beachtliche Bestrebungen im Gange, die Schafzucht in Deutschland wieder zu erweitern und den Bestand an Schafen zu erhöhen. Die Regierung unterstützt sie durch Darlehen und verfolgt, wie kürzlich auf einem Bauerntag in Halle mitgeteilt worden ist, das Ziel, den deutschen Schafbestand, der Ende 1932 nur noch 3,4 Millionen Stück betragen hat, im nächsten Jahr um eine Million zu vermehren. Das wird ohne große Schwierigkeiten möglich sein. Wir werden auch vielleicht wieder auf fünf Millionen kommen können wie 1913. Dann aber werden Grenzen geboten sein. Denn wir können heute nicht wieder Getreidefelder in Schafweiden zurückverwandeln. Vor dem Kriege hielten wir es für unbedenklich, den Getreidebau so weit eingeschränkt zu halten, daß wir dauernd auf eine große Brotkornzufuhr aus dem Ausland angewiesen blieben. Das geht heute aus mehrfachen Gründen nicht mehr. Einer Steigerung der Schafzucht sind in Deutschland auch sonst feste Grenzen gesetzt.“

Die Zahl der Schafe muß sich nämlich danach richten, wieviel Hammelfleisch von der Bevölkerung verzehrt wird. Der Deutsche mag nämlich im Gegensatz zum Engländer und zum Südosteuropäer im allgemeinen kein Schaffleisch, ist doch dessen jährlicher Verbrauch pro Kopf der Bevölkerung von etwa vier Kilogramm im Jahre 1870 bis heute auf noch nicht ein Kilogramm zurückgegangen. Daß England dagegen 27 Millionen Schafe hält und außerdem noch Hunderte von Dampferladungen gefrorener australischer Hammel verbraucht, hängt mit der Vorliebe der Engländer für Schaffleisch, Hammelkoteletten und Irish Stew zusammen. Ein bedingt das andere, und vom Schaf müssen alle Teile verbraucht werden, soll die Schafzucht rentabel bleiben. Die Zukunft der deutschen Schafzucht und die deutsche Wollversorgung aus eigener Produktion hängt also zum Teil davon ab, ob es möglich sein wird, den Verbrauch von Schaffleisch wieder populär zu machen. Man könnte sogar an die Einführung von „Hammeltagen“ für den deutschen Haushalt denken, aber die Erfolge der Propaganda für den Verbrauch deutscher Ostseefische, deren Wirkung im Inlande bald wieder nachgelassen hat, sind nicht sehr ermutigend!

Schiller, nationalsozialistisch verboten

Der verbotene „Don Carlos“

„Er war unser“, Schiller nämlich, wie Goebbels gleichschaltend deklamiert. „Wenn er heute gelebt hätte —“. Nur durch vorzeitige Flucht nach Wallhal hat er sich der hehren Mission entzogen, als Ersatz für Hanns Johst der neuen Ersatz-Wirtschaft dienen zu können.

Das Staatstheater in Berlin, ohnehin auf der Suche nach einem vollwertigen nationalsozialistischen Lückenbüsser für den vorzeitig in der Versenkung verschwundenen Johst, welche lockendere Aufgabe konnte es für es geben, als diesen neuen nationalsozialistischen Schiller herauszubringen, der im liberalistischen 19. Jahrhundert so oft die Herzen höher schlagen machte, wenn er zum Beispiel den Teil dem knechtischen Führerprinzip des Führers Geßlers das Recht des freigebornen, aufrechten Menschen entgegenstellte. Doch nun, als das Staatstheater sich anschiede, den so nationalsozialistischen Schiller nicht nur zu anektieren, sondern auch aufzuführen —

Es ist ein wahres Unglück mit dem Staatstheater; Göring, der sich unterstellte, wirds noch zum Unglückstheater erkennen müssen.

Schiller, der nicht nur so nebenbei, sondern wahrhaft weltanschaulich sein „in tyrannos“ in die Welt schrie, läßt sich offenbar doch nicht so ohne weiteres auf Tyrannen gleichschalten. Für Blubo hat er eben zu viel Blut, zu viel Rebellensblut. Vor allem aber hat Schiller den Fehler, zu viel Zitate gedichtet zu haben. Sehr volksverbundene Zitate, die sogar auch heute noch so bekannt sind, daß Goebbels sie nicht mal wegstreichen lassen kann. Wurde also in Hamburg als Auftakt zur 175jährigen Schiller-Ehrung „Don Carlos“ aufgeführt. Als das „weltanschaulich“ so peinliche Post-Wort kam: „Sire, geben Sie Gedankenfreiheit“, da brach ein Jubel los, ein Toben und Beifallsklatschen ohne Ende. Der Vorhang mußte runtergelassen werden, aber das Publikum tobte weiter vor Begeisterung. Am nächsten Tag war „Don Carlos“ abgesetzt. Und in Berlin, wo das Staatstheater den „Don Carlos“ für den Winterplan vorgesehen hatte und die Schauspieler für die Hauptrollen seit langem schon verpflichtet waren, wurden sofort die Proben abgesetzt. Die Aufführung des Gedankenfreiheitstücks war verboten worden. Statt dessen gibt man zum 175. Schiller-Geburts-tag das weniger blutvolle als reichlich abgestandene Glas Wasser von Scribe, Scribe, Eugène, dessen Erinnerung zum nationalsozialistischen Nationaldichter einweisen noch aussteht.

Mit dem größten Interesse lese ich jeden Monat den „Schriftsteller“, die Zeitschrift des „Reichsverbandes Deutscher Schriftsteller“. Selbstverständlich. Offizielles Organ des „wertbeständigen“ Dichtums eines, wie der „Schriftsteller“ selbst sagt, „der geistig begabtesten Völker, wie es das deutsche anerkanntermaßen ist“. Schon das Deutsche, daß diese nunmehr geistige Elite schreibt, das Stillblütendeutsche: „Engelsmann ruft dazu auf, überall dort, wo Gutes und Nützlichtes erkannt wird, für dessen Veröffentlichung und Verbreitung einzutreten“. Darum sei auch die Verantwortung des Schriftstellers für die Seele des deutschen Volkes eine bedeutsame. Die Behandlung der Aufgabe war eine vielgestaltige und erstete lebhaften Beifall.“ Und so. Tertia. Erinnert wenigstens stark an den Tertianer-Aufsatz über Uhlands „Herzog Ernst von Schwaben“: „So ist Gisela eine echt deutsche Frau, geziert mit allen Tugenden einer solchen.“

Immerhin kann man aus dem „Schriftsteller“ lernen, daß Artikel, die die Gleichförmigkeit der deutschen Presse zu brechen bestimmt sind, nicht von besonderer Aktualität, sondern von besonderer „Tagfälligkeit“ sein müssen. Auch ist zu ersehen, daß man sich den Kopf zerbricht, ob es fortan anstatt Guano-Industrie verdeutsch lieber „Vogel-abfallwerkstätigkeit“ und statt Chemiker „Scheide- und Füge-künstler“ heißen soll. Also werden wir uns wohl angewöhnen müssen, statt Chemie-Trust Scheide-Trust, zu schreiben. Aber was zum Teufel wird aus Chemie-Student, Chemie-Forschung, chemischer Verbindung und was mag Spindler mit seiner chemischen Reinigung anfangen?!

Die Fachschaftsabende des deutschen Schrifttums sind — selbstverständlich — Pflicht- und Zwangsabende. Der einstmalige freie deutsche Schriftsteller, von der Goethe- und Schiller-Zeit her noch in der liberalistischen Auffassung aufgewachsen, seine Abende zu verbringen, wies ihm paßt und notfalls sich seinen Quatsch alleine zu machen, läßt diesem Zwang gegenüber bedauerliche Anzeichen von Drückebergerei erkennen. So sehr, daß der „Führer der Reich-fachschaft Funkschriftsteller“ sich vor einiger Zeit genötigt sah, mal Fraktur zu reden mit „gewissen zart besaiteten Herrschaften“, wie et, als zum Bildung-feldweibel berufen, sich ausdrückt, „Diese unschuldigen Lämmer“.

Der gleichgeschaltete Werkbund

Im „Einvernehmen“ mit Goebbels' Adjutanten

Der Präsident der Reichskammer der bildenden Künste gibt bekannt: Im Zuge des ständischen Aufbaues ist der Deutsche Werkbund in die Reichskammer der bildenden Künste eingegliedert worden. Der Vorsitzende des Deutschen Werkbundes beruft im Einvernehmen mit dem Präsidenten der Reichskammer der bildenden Künste die Mitglieder eines Verwaltungsrates. Der Deutsche Werkbund verfolgt die kulturpolitischen Ziele der Reichskammer der bildenden Künste im Einvernehmen und mit Zustimmung des Präsidenten der Reichskammer.

Der Präsident der Reichskammer der bildenden Künste hat den Vorsitzenden des Bundes Deutscher Architekten e. V., Professor U. Chr. Lörcher, zum Vorsitzenden des Deutschen Werkbundes ernannt.

Diese Bekanntmachung besiegelt das Ende einer kulturell-künstlerischen Institution, die sich seit Jahrzehnten um die Erweckung des schöpferischen Formgedankens verdient gemacht hatte. Der Werkbund hat ein besseres Schicksal ver-

kantelt er die drückebergerischen Schreibrekuten ab, mit allen möglichen faulen Ausreden kamen sie an, um von dem Reichsverband-schrifttum nichts hören und sehen zu müssen.

Einige ganz gerissene — ich hoffe damit kein Berufsgeheimnis preiszugeben — haben übrigens einen großartigen Trick gefunden, sich diesem Zwangsgeistesleben zu entziehen, ohne der Bestrafung zu verfallen. Fernbleiben wird nämlich unabsichtlich bestraft. Mit zwei Mark Geldstrafe, im Wiederholungsfall mit Entzug der Mitgliedschaft, will sagen mit der Unterbindung der weiteren Berufsausübung. Diese noch „unschuldigeren Lämmer“ gehen nämlich hin in die Versammlung, tragen sich ein in die Anwesenheitsliste und müssen dann plötzlich mal ein gewisses Örtchen aufsuchen. Auch ein Schriftsteller kann ja mal müssen, sogar im „dritten Reich“ hat man das noch nicht unterbinden können. Aber was tun diese Burschen?! Statt ihr Geschäft zu verrichten und pflichtgemäß wieder auf ihrem Versammlungsort zu erscheinen, — verduften sie still und leise. Abwehrkampf des deutschen Geistes.

Laut Mitteilung der Reichsdruckkammer ist einem Fräulein Heloise von Beaulieu die Zugehörigkeit zur Kammer verweigert worden, da ihre schriftstellerische Tätigkeit als geringfügig im Sinne des § 9 zu betrachten sei. Geringfügig, du lieber Himmel; wenn danach ginge, dann müßte doch neun Zehntel der Blub-Dichterei wegen hochgradiger Geringfügigkeit die weitere schriftstellerische Betätigung kategorisch untersagt sein. Mit Hanns Heinz Evers, dem Horst-Wessel, „Die 1er“, scheint man bereits den Anfang gemacht zu haben. Wie aus der Oktober-Nummer des „Schriftsteller“ hervorgeht, ist sein gewill Schundbuch „Fandvogel“ verboten worden.

Einer, der offenbar im Reichsverband Deutscher Schriftsteller nicht die ideale Vertretung des deutschen Geistes zu erblicken vermag, als die sie der Schirmherr Goebbels doch angekündigt hat, schreibt: „Der Schriftsteller braucht nichts als ein wertvolles Stück Papier, um „arbeiten“ zu können. Er hat gar kein Betriebskapital nötig. Eine so billige Betätigungsmöglichkeit lockt natürlich an. Man nimmt ein Stück weißes Papier, das nichts kostet, und schlägt auf selbiges den ganzen vorhandenen Seelenschleim nieder.“ Ich nehme an, daß damit die im Reichsverband zur Zeit so überaus reichlich vertretenen Figuren à la Evers gemeint sind. Erhält so einer zu dem in gewiß ausreichendem Maße vorhandenen Seelenschleim noch vom Führer selbst die angebliebenen Dokumente zur angeblichen Horst-Wessel-Legende, so ist er ein gemachter Mann.

„Der Sinn unserer Gemeinschaft ist nicht in erster Linie der Schutz des Autors“, sondern so etwas Ständebalanges, versichert der Mann. Der Schutz des Autors, das sei (was sogar stimmt) der Sinn des früheren Schutzverbandes deutscher Schriftsteller gewesen. Dementsprechend hat man, wie aus derselben Oktober-Nummer hervorgeht, auch gleich begonnen, dem deutschen Schriftsteller das biblische Schutz zu entziehen, das ihm in der Zeit des „Systems“ sein Verband bot. Die wichtigste Sozialerregenschaft des Schutzverbandes und des Verbands deutscher Erzähler war ein Schiedsgerichtsabkommen mit den Verlegern. Ich habe öfters die Ehre gehabt, als Beisitzer in diesem Schiedsgericht zu sitzen. Es handelte sich fast immer darum, daß ein geschäftsgewandter Schriftsteller von einem geschäftsgewandten Verleger um die paar Kröten gebracht werden sollte, auf die er Anspruch zu haben glaubte. Statt einen endlosen Kampf vor dem ordentlichen Gericht zu führen, zu dem dem wirtschaftlich schwächeren Schriftsteller meist auch das Geld gefehlt hätte, entschied schnell, schmerzlos und billigst eine „ständische“ Kammer unter dem Vorsitz eines Reichsgerichtsrats. Wenn etwas dem deutschen Schriftsteller das Bewußtsein geben konnte, nicht vollkommen recht und schütlos dem Unternehmer angeliefert zu sein, so war es diese Schiedsgerichtsvereinbarung. Unnötig zu sagen, daß die Rechtsprechung des „Systems“ diese, ich sage nochmals „ständische“, Schiedsgerichtsbarkeit in jeder Weise gefördert. Der Reichsverband deutscher Schriftsteller hat jetzt diesen Schiedsvertrag gekündigt. Selbstverständlich, wenn alle anderen Arbeitnehmer ihre gewerkschaftlichen Errungenschaften eingebüßt haben und entrechtet worden sind, welche Zurücksetzung der kapitalistischen Unternehmerpersönlichkeit des Verlegers wäre es, wenn man ihn in der Ausbeutung des deutschen Schriftstellers behindern wollte. Der Sinn des Reichsverbandes Deutscher Schriftsteller ist — tatsächlich — nicht der Schutz des Autors! Paul Westheim.

diert. Jetzt marschiert er in eine Linie mit der Sterilität einer „Reichskammer“, die außerhalb des braunen Ideenreiches keine schöpferischen Anregungen und Leistungen mehr kennt. Sein „Führer“ gilt unter allen Wissenden als ein Mann ohne Gedanken und ohne wegweisende Leistung.

Der Leser wird behaupten, das, was hier folgt, sei wieder einmal eine der schmutzigen Greuelstücken, die wir stündlich erfinden, oder aber es sei eine wichtige Satire, erfunden von einem guten Satiriker. Der Leser hat Unrecht, wenn es das glaubt. Wir versichern eidesstattlich, daß wir den nachfolgenden „Erlaß“ der „Frankfurter Zeitung“, Nr. 264, entnommen haben, nichts weglassen und nichts hinzusetzen.

Alt und gut

Was ist das Radio? Klumpfüßchens Wunderhorn. — Lügen haben nur noch ein kurzes Bein. Wer ist der beste Installateur? Hitler, er hat Deutschland glänzend isoliert.

Warum müssen wir alle „Heil Hitler“ krühen? Weil es keinen Guten Tag mehr gibt!

Deutschland in großer Zeit

Von Franz Körner

Nun ist die große Zeit wieder angebrochen,
Die jeder Deutsche so heiß geliebt.
Die Hausfrauen brauchen nicht mehr zu kochen
Weil es nichts mehr zu essen gibt.

Jetzt tragen wir keinen weichen Tand mehr
Fort mit Albions teurem Garn,
Schafft schnell einen guten deutschen Ersatz her,
Gewonnen aus selbsterzeugtem Harn.

Dem Raucher winkt wieder der Tabak der feine,
Aus deutscher Matratze gemacht
Und deutscher Kaffeersatz, der reine,
Wird wieder zu Ehren gebracht.

Tonseife, die gute, kommt wieder,
Und hat unsre Herzen erweicht.
Sie schäumt nicht, doch wir schäumen über
Vor Freude, daß es erreicht.

Man kann nun auch endlich entbehren
Das teure Krepppapier,
Denn die gleichgeschalteten Blätter
Sind am besten zugeignet dafür.

Hoch auf, an der Saar drum, Freunde,
Hoch auf, denn es ist soweit.
Unser Held, unser Heros Hitler,
Er brachte „die große Zeit“.

Joachim Ringelnatz †

Er nannte sich auch Kuttel-Daddeldu und hieß eigentlich Böttcher. Seine Wiege stand, vor 51 Jahren, unweit der großen Seestadt Leipzig. Wer ihn auf dem Podium hörte, der vernahm noch zwischen den wildesten und zartesten Versen den leichten sächsischen Beibau.

Ein schon versunkenes Deutschland steht an seiner Bahre. In Ringelnatzens Prosa und in seinen Gedichten wohnten neben den Idyllen die zarten und die galligen Ironien, die heute Kulturbolschewismus genannt werden. Er hatte den Sinn vor dem hintergründigen Humor der Sprache. Er brachte seinem Pegasus die erstaunlichsten antibürgerlichen Kapriolen bei. „Wenn du meinst, der Mond steht stille — das scheint nur so.“ Es schien auch nur so, daß er etwas von einem Revolutionäre an sich hätte, so gern er dem Pfahlbürger die Faust vor den Bauch stieß. Er war ein gänzlich unpolitischer Mensch, wie das vor einigen Jahren erschienene Buch über seine Matrosenerlebnisse während des Krieges am deutlichsten bewies. Der unbürgerliche Ringelnatz war ein Gast im Schattenlande des Bürgertums, das er schadenfroh zugleich haßte und liebte.

Man hat ihm übel genommen, daß er sich gleichgeschaltet habe. Zu unrecht. Dieser Vorwurf kann nur diejenigen treffen, die einmal eine Gesinnung besaßen oder so taten, als ob sie eine hätten. Mit Ringelnatz war es schon zu Ende, als das humorlose Hitlerreich antrat. Nun haben ihn seine Freunde in aller Stille eingesehert. Nach seinem Wunsche durfte sein Tod erst nachher bekannt gegeben werden. Von ihm bleiben ein paar pochende Verse, eine Anzahl fantastischer und naiver Bilder.

Vor allem aber die Erinnerung an eine kuriose Erscheinung mitten im Normalmenschen. An dieses verwiterte Gesicht mit der Hakennase, mit dem blonden Schopf über der Stirn, mit der Bouteille im Arm auf den schwankenden Brettern des Kabarett.

Aus der Reihe seiner Schriften nennen wir: „Kuttel-Daddeldu“, „Turngedichte“, „Allerdings“, „Flugzeuggedanken“, „Als Mariner im Krieg“, Sein einziges Drama: „Die Flasche“.

Ich weiß etwas . . .

Einem Briefe aus Chemnitz entnehmen wir folgendes: . . . Und nun will ich noch eine kleine, aber sicher bezeichnende Begebenheit erzählen. Von der Rohstoffknappheit darf ja bekanntlich in Deutschland nicht gesprochen werden, viele Händler und auch Privatpersonen, die zu sogenannten „Angstkäufen“ aufgefordert haben sollen, sitzen schon hinter Gittern. Dennoch weiß jeder, was los ist, und die Stimmung in den Familien überträgt sich natürlich auch auf die Schulkinder.

Dieser Tage nun kam meine kleine Nichte aus der Schulfeld heim und brachte einen Spottvers mit, den ich längst ver-gessen glaubte, einen Vers, den wir uns selbst als kleine Knirpse während des Krieges zuriefen, als wir in Ersatzkleidern, mit klappernden Holzpantinen, Kohlrübenmarmelade auf dem schwarzen, klebrigen Kriegsbrot zur Schule kamen. Der Vers heißt:

„Ich weiß etwas von Dir,
Dein Hemd ist aus Papier.“

Mit den Ersatzhemden ist er wieder ins Schloß eingezogen. Die Kinder in Deutschland „wissen etwas“, daß die Erwachsenen nicht wissen dürfen, wenn sie nicht ins Gefängnis wandern wollen.

Kant mit Hakenkreuz

Die Existenz der im Jahre 1904 gegründeten Kantgesellschaft, die 1500 Mitglieder und 31 korrespondierende Auslandsgruppen zählt, wird von dem Einfluß Alfred Rosenbergs bedroht. Der Vorsitzende der Kantgesellschaft, Professor Me n z e r, hat seinen Rücktritt erklären müssen und ist durch einen vom Kultusministerium ernannten Kommissar ersetzt worden.

In ihrer Sorge, daß die Gesellschaft aufgelöst werden könnte, haben die Mitglieder kürzlich eine Denkschrift verfaßt und dem Außenministerium übergeben, in der auf die internationalen Folgen behördlicher Eingriffe aufmerksam gemacht worden ist. Das Ergebnis dieses Schrittes ist bisher nicht bekannt geworden.

Aus dem Zellengefängnis

Briefe aus bewegter, schwerer Zeit 1848-1856

Otto
von
Corvin

Zu den interessantesten Gestalten der Revolution von 1848 gehörte Otto von Corvin. Er wurde 1812 in Gumbinnen in Ostpreußen als Sohn eines Postdirektors geboren. 1830-35 diente er als preussischer Leutnant erst in Mainz, dann in Saarlouis. Nachdem er seinen Abschied genommen, nahm der geistig vielseitig interessierte junge Mensch an den Bewegungen des Vormärzes lebhaften Anteil — als leidenschaftlicher Republikaner und Demokrat. 1848 kämpfte er in den Reihen der Aufständischen in Jaden. Im Mai 1849, als die Gegenrevolution die Oberhand gewann, verteidigte er als Bürgerwehr-oberst Mannheims die Stadt gegen die Preußen. Als Chef des Generalstabes suchte er dann die Festung Rastatt zu halten. Nach ihrer Uebergabe wurde er standrechtlich zum Tode verurteilt, kurz vor der Erschießung zu sechsjähriger Festungshaft begnadigt.

In seinen „Erinnerungen“ schildert er, wie diese Begnadigung eintraf, als schon alles für die Erschießung vorbereitet war. Diese sechsjährige Festungshaft hat er bis zur letzten Stunde abtun müssen. Er hat in diesen Jahren viel gelitten. Aber liest man die Briefe, die er an seine Frau geschrieben hat, so wird man finden, daß der damalige Strafvollzug (für einen Rebellenführer, der mit der Waffe ergriffen wurde!) immer noch human war, verglichen mit den Zuchthäusern, Gefängnissen und Konzentrationslagern. In die achtzig Jahre später das „dritte Reich“ seine Gesinnungsgegner sperrt. Wir veröffentlichen eine größere Anzahl der Briefe Corvins. Sie sind seinem längst vergriffenen, 1884 erschienenen Buche „Aus dem Zellengefängnis“ entnommen. Es sind menschliche Dokumente von tragischer Größe und mit bemerkenswerten Einblicken in die politische Situation nach 1848 darunter. Vor allem den Briefwechsel mit seiner Frau wird jeder Mitfühlende mit tiefer Anteilnahme lesen.

Otto von Corvin hat nach seiner Entlassung eine vielseitige schriftstellerische Tätigkeit ausgeübt. 1861 erschienen seine vierbändigen „Erinnerungen“. Die Reihe seiner Geschichtswerke ist lang. Am bekanntesten ist er durch den „Pfaffenspiegel“ geworden, der in den weltanschaulichen Kämpfen der Vorkriegszeit eine gewisse Rolle spielte. Im Jahre 1886 endete sein reiches und abenteuerliches Leben.

5. Fortsetzung

Corvins Verteidigung vor dem Standgericht

(Ich erzählte nun, wie die Preußen Mannheim mit Granaten und glühenden Kugeln beschossen. Daß mir der nach einigen Minuten nach Käfertal zurückkehrende General den Oberbefehl über die Rheinfront und die Verteidigung von Mannheim übergab, das freilich gab ich nicht zu, sondern behauptete, mehr Zuschauer der Beschießung gewesen zu sein und hauptsächlich für die Sicherheit Mannheims gesorgt zu haben. Die Zivilzeugen mußten das bestätigen, allein daß ich den Oberbefehl gehabt hatte, konnte nicht bewiesen werden. Allerdings lag eine Note von meiner Hand vor, durch welche ich in der Nacht des 3. Tages dem Rat der Stadt, der angstvoll in Sitzung war, mitteilte, daß die Gefahr für jetzt vorüber sei, da ich die feindlichen Geschütze demontiert habe. Ich erzählte nun weiter, wie ich nach dem verlorenen Gefecht von Waaghäusel genötigt war, Mannheim zu verlassen; wie ich mit anderen auf dem Bahnhofe von der konterrevolutionären Bürgerwehr arretiert, aber wieder durch meinen Adjutanten Hauf befreit wurde. Ging mit den sich zurückziehenden Truppen nach Rastatt. — Hatte kein Kommando. — Wohnte den Gefangenen in Rastatt nicht bei. — Wollte nach Freiburg, um meinen Abschied zu nehmen. — Wurde durch Zufall in der Festung mit eingeschlossen. — Genötigt, die Stelle als Chef des Generalstabes und die Verteidigung zu übernehmen. — Wurde nach der Schweizer Grenze abgeschickt, um das Ende unserer Armee zu konstatieren. — Vermittelte endlich die Uebergabe. Mittel zur Flucht wurden mir geboten. — Verschwärzte sie. — Man versprach, uns als Kriegsgefangene zu behandeln usw. — Alles das, was in meinen „Erinnerungen“ Band 3 enthalten ist, erzählte ich. Natürlich richtete ich meine Erzählung ein, wie es zu meiner Verteidigung päßte, d. h. ich war bemüht, das was zu meinen Gunsten sprechen konnte, mehr hervorzuheben als meine wirkliche Tätigkeit. Damit fertig, fuhr ich fort:)

„Sie sehen, meine Herren, daß ich weder zu den Urhebern noch Leitern dieser unglücklichen Revolution gehöre und in derselben, trotz meines höhern Ranges, der mir aufgenötigt wurde, darin nur eine verhältnismäßig untergeordnete Rolle gespielt habe; daß ich nur durch Zufall verhindert wurde, mich schon früher davon loszusagen und daß ich die Zeit, während welcher ich gebunden war, dazu anwandte Böses zu verhindern. Ich habe dem Großherzog von Baden keinen Eid der Treue geleistet, also keinen gebrochen. Wenn ich mich den Aufständischen anschloß, so geschah es zur Verteidigung der vom deutschen Parlamente gegebenen und von Baden angenommenen und beschworenen Verfassung. Ich habe dem Großherzog durch meine Tätigkeit keinen Schaden zugefügt; im Gegenteil, ich habe verhindert, daß dies im größeren Maße geschah. Ohne mich wäre Mannheim ein Raub der Flammen geworden und Rastatt vielleicht ein Schutthaufen. Meine Herren, ich bin zu Ende. Ich weiß nichts mehr zu sagen und fühle nur zu gut, daß ich das, was ich sagte, unter andern Umständen überzeugender und besser gesagt haben würde; allein während meines ganzen Vortrages umflorte ein sehr schmerzlicher Gedanke meinen Geist. Vor meinen Augen sah ich beständig das kummerbleiche Gesicht meiner alten Mutter, die von Tränen erlöschten Augen einer geliebten, verzweifelnden Gattin, die in diesem schweren Augenblicke mit tausendfacher Todespein im Herzen auf ihren Knien liegt und die Gnade des Allgütigen auf mein Haupt herabfließt.“

Sie, meine Herren Richter, verwalten in diesem Augenblicke ein göttliches Amt; möchte mit demselben nicht allein ein Funken göttlicher Weisheit, sondern auch göttlicher Milde in ihr Herz gefallen sein. Ich bin zu Ende. Richten Sie mich gnädig und milde, so gnädig und milde, wie Sie wünschen, einst vor dem Throne des Allmächtigen gerichtet zu werden.“

Frau von Corvin an ihren Mann!

Rastatt, 18. September.
Dienstag, abends 5 Uhr.

Mein geliebter Otto!

Da sitz' ich nun einsam und allein und könnte doch bei Dir sein, wenn — doch ich will nicht klagen, hab' ich doch mehr Glück in diesen letzten zwei Tagen empfunden, als ich hoffen konnte. — Nochmals zu dem Major (v. Welzien) zu gehen und dann wieder hinaus zu den Herren Offizieren — es fehlen mir Mut und Kraft dazu; ich vermag es nicht. Doch willst Du es haben, so laß mir es durch den Aufwärter sagen. —

dann überwinde ich die Aengstlichkeit. Du weißt es ja, was ich Dir zu lieb vermag. Doch findest Du mit mir zugleich besser, daß ich schnell abreise, dann laß mich noch Alles wissen, was ich tun soll. — Das kleine Blättchen für Fr. J., welches Du geschrieben, muß in der Mappe, oder auf dem Fenster liegen geblieben sein; schicke es mir — und schilt nicht über meine Nachlässigkeit, denn ich bin ja nicht bei Dir und kann Dir nicht den Mund mit Küssen verschließen. Leb wohl mein Herz. Mir ist, als wäre ich nur halb seit dem ich getrennt von Dir bin. Was wird es noch werden, wenn wir Wochen, Monate und ewig lange Jahre getrennt leben müssen! — Ich will nicht so schreiben, ich mache Dir das Herz schwer und mir doch nicht leichter. — Es muß getragen werden. — Nun, wir werden Beide den Mut dazu haben. — Es kann ja nicht von uns geändert werden. Soll ich an Kusel schreiben?

Später, 7 Uhr abends. Gute Nacht mein süßes Lieb. Könnte ich doch dieselbe an Deiner Seite, auf dem harten, elenden Lager, welches wahrlich für jeden Hund zu schlecht ist zu bringen, anstatt hier in meinem weichen, guten Bette. — Man sagt, der Platzmajor soll abgesetzt sein, weil er Dir vorzeitig Deine Begnadigung angekündigt habe! — In der Karlsruher Zeitung steht bereits, daß Du zum Tode verurteilt und zu zehn Jahre Zuchthaus begnadigt seist. — doch das ist Journal-Geschwätz. — Gewisses weiß man nicht.

Corvin an seine Mutter

Rastatt, 20. September 1849.

Meine liebe gute Mutter!

Meinen ersten Brief wirst Du erhalten haben. Ich beeile mich jetzt Dir zu schreiben, damit nicht durch die Zeitungen Dir falsche und erschreckende Nachrichten zukommen. Am 15. wurde über mich Staudgericht gehalten. Ich selbst verteidigte mich und gewann dadurch die Teilnahme der dichtgedrängten Zuhörer. Sämtliche Zeugen, die gegen mich aufgestellt waren, sagten — alle etwas zu meinen Gunsten. Die Verteidigung meines Advokaten, Dr. Kusel von Bruchsal, war meisterhaft und wir alle erwarteten ein mildes Urteil, obwohl der Staatsanwalt, der an jenem Tage sich in Nichtswürdigkeit erschöpfte, auf die Todesstrafe angetragen hatte. Gegen 2.30 Uhr nachmittags zog sich das Gericht zurück. Als es nach langer Beratung wieder in den Saal trat, kündigte mir der Präsident an, daß ich mit fünf gegen eine Stimme, die des Präsidenten nicht gezählt, zum Tode durch Erschießen verurteilt werden solle. — Schon vorher hatte der Staatsanwalt gesagt, General v. Gröben habe sich für mich verwendet, aber vergebens; nun kündigte man mir noch an, daß gegen das Urteil kein Gnadenrecurs, keine Apellation noch irgend ein Rechtsmittel stattfindet. Ich glaubte also nun meine politische Meinung mit meinem Tode besiegeln zu müssen. — Helene war in Rastatt. Sie hatte sich die unsäglichste Mühe gegeben, etwas für mich zu bewirken. Fünf Mal war sie hier und seit mehreren Wochen stets unterwegs, um mit den Generalen zu reden. Noch am Tage des Gerichts stürzte sie dem Großherzog in Karlsruhe förmlich das Schloß. Sie sprach jedoch nur den Geheimsekretäre. Um diese Reisen möglichst zu machen, hat sie Alles versetzt was sie besaß und ist nun arm wie eine Kirchenmaus, da sie mir auch noch Geld ins Gefängnis schickte. Jetzt habe ich erst recht wieder erkannt, welchen köstlichen Schatz ich an Helene besitze. — Ich ward um 3 Uhr in ein anderes Gefängnis gebracht, denn um 6.30 Uhr sollte ich erschossen werden. Helene und ihr Bruder kamen zu mir; letzterer mußte gehen, da er sich nicht fassen konnte. Ich suchte Helene zu trösten; sie zeigte sich meiner würdig. Auf dem Wall standen unendlich viel Menschen, besonders Soldaten, die mich durchaus sterben sehen wollten. Ich glaube, es hätte eine Meute unter den Soldaten gegeben, wenn ich erschossen wurde, denn alle hielten das Urteil für zu hart und nahmen großen Teil an mir. — Etwa nach sechs

Drittes Reich

„Da reiten sie hin! wer hemmt den Lauf?
Wer reitet denn? „Stolz und Unwissenheit.“
Laß sie reiten; da ist gute Zeit!
Schimpf und Schade sitzen hinten auf!“

(Goethe)

Streichers Publikum

Gern hören wir allerlei gute Lehr.
Doch Schmähen und Schimpfen noch viel mehr!

(Goethe)

Uhr erfuhr ich, daß das Urteil zur Bestätigung nach Karlsruhe müsse, weil das Todesurteil nicht einstimmig gewesen sei und erst seit wenigen Tagen die Bestimmung getroffen war, daß in solchem Fall die Bestätigung eingeholt werden müsse. Am Sonntag soll eigentlich niemand erschossen werden und so hoffte ich bis Montag früh Gelegenheit — zur Flucht zu haben. Helene hatte schon Alles vorbereitet. Sie blieb durch die Freundlichkeit der wachhabenden Offiziere bei mir im Gefängnis. Einige Stunden lang hatte ich Hoffnung auf Flucht, denn auf Karlsruhe gar nicht. Jede Hoffnung ward mir aber genommen, als zwischen 11 und 12 Uhr der Offizier herein trat und mir sagte, meine Frau müsse sich um 3 Uhr entfernen, da um 4 Uhr Alles zur Exekutive fertig gemacht sei. Ich war sehr gefaßt. — Ich habe sogar einige Stunden geschlafen. Um 3 Uhr ging Helene. Erlaub mir den herzerreißenden Abschied zu schildern, allein sie war nichts weniger als weiblich. — Als sie fort war, wechselte ich die Wäsche, legte mehrere kleine Andenken zurecht, steckte mir eine Zigarre an und erwartete den Platzmajor. Gegen 4 Uhr trat er herein. „Ist es soweit meine Herren?“ — fragte ich. — Nein, rief mein Advokat, der mit hereingetreten war, ich bringe bessere Nachrichten. Genug, man hat das Todesurteil in eine Freiheitsstrafe verwandelt, deren Länge und Härte ich noch nicht kenne; Helene wird es Dir mitteilen. — Die einzige Stimme, die mir das Leben rettete, war die des Feldwebels im Standgericht das nur aus sieben Personen besteht. Heute werde ich wohl an meinen neuen Bestimmungsort abgehen. Lebe wohl, gute Mutter und habe Dank für Deinen Brief, den ich bei den Akten gesehen habe; er ist von Friederikens Hand geschrieben. — Hast Du etwas Geld, oder kannst Du etwas anschaffen, so schicke es Helene. Tue es mir zu lieb. Ich kann erst in einigen Wochen Geld bekommen. Hier durfte ich nichts drucken lassen. — Grüße den Vater und die gute Schwester recht herzlich und schreibe bald Deinem geretteten Sohne

Otto.

„Alle Todesqualen scheinen mir leicht . . .“

Bruchsal, 23. September 1849

Meine liebe, teure Helene!

Nur weil ich es Dir versprochen habe, schreibe ich Dir. Am liebsten wünschte ich, daß Niemand etwas von mir erführe, auch selbst Du nicht; denn könntest Du in mein Inneres sehen, Du würdest vor Weh vergehen! — Seit wir uns kennen, bin ich in mancher traurigen Lage gewesen, von manchem Unglück heimgesucht worden; ich habe Alles standhaft ertragen. Du hast gesehen, wie ich mich heut vor acht Tagen zum Tode vorbereitete, wie ich ihm mit Fassung entgegen ging, wie ich selbst meine Errettung standhaft ertrug, obwohl ich wußte, daß sie Dich so glücklich machte. Alle die Schicksalschläge, die mich in der letzten Zeit betroffen haben, müssen aber entweder meinen Verstand geschwächt haben, oder das gegenwärtige Unglück, welches auf mir lastet, muß wirklich entsetzlicher sein, als Alles was mich bisher betroffen hat. Alle Todesqualen scheinen mir leicht gegen die Seelenfolter, der ich hier ausgesetzt bin. Ich muß alle Liebe zu Dir mir recht lebhaft vergegenwärtigen, um nicht zu beklagen, nicht erschossen worden zu sein. Stumpfsinn, Wahnsinn, — kurz Bewußtlosigkeit würde mir jetzt als ein großes Glück erscheinen. Ich beneide die elenden Diebe und Mörder, mit denen ich zu verkehren genötigt bin, denn sie haben kein Gefühl für die Qualen, die ich empfinde; für sie existieren diese Qualen nicht. — Ich sage nichts, — ich beklage mich nicht, weil ich nicht zu reden vermag, weil ich beständig Mühe habe die Tränen zu unterdrücken. — Bei unserer Liebe, Helene, beschwöre ich Dich, laß kein Mittel unversucht, welches eine Aenderung meines Schicksals herbeiführen könnte. Sobald Du kannst, gehe zum Grafen Gröben. Schreibe an den Herzog v. G. und an die Herzogin besonders; auch an die Herzogin Marie, Frau v. Wangenheim ist Dir gewiß gern behilflich. — Ich erbiete nur Verwandlung in Festungsarrest, denn diese Gemeinschaft, in der ich hier als Gleichgestellter lebe, ich nicht zu ertragen. Der Herr Direktor Speigler war so freundlich, mir einige Erleichterungen zu versprechen und sie werden auch eintreten; allein die empfundenen Eindrücke kann kein Mensch ungeschehen machen. — Besuchen darfst Du mich alle zweite Diensttage im Monat. Sobald Du hierher kommst, mache dem Herrn Direktor Deinen Besuch.

Als ich Dich an der Eisenbahn verließ, brachte man mich in das neue Zellengefängnis; ein schreckliches Gebäude! — Man wies uns — mich und einen Artilleristen — in das alte Zuchthaus. Nachdem man uns dem Herrn Direktor vorgestellt hatte, schickte man uns in einem besonderen Zimmer zu Bette, denn erst am 21. — Freitag — sollte ich eingekleidet werden. Der Herr Direktor hatte mich bereits auf diese schreckliche Zeremonie vorbereitet, allein ich kann Dir sagen, Tatsächlich ist nichts da-gewen. Man schnitt mir mein Haar ganz kurz ab, ebenso rasierte man mir den Bart. Dann zog man mir meine Kleider aus und gab mir die der Sträflinge. Ich behielt nichts, was mich an eine bessere Zeit erinnerte, nicht einmal Hemd und Taschentuch. — Dann wurde ich in den Arbeitsaal gebracht und muß jetzt — Wolle spinnen! — Was ich Dir hier erzähle, füllt zwar nur vier Zeilen; allein es liegt ein unermeßliches Weh darin. Ich schäme mich, daß ich die Schmach überlebt habe. — Der Herr Direktor hat mich freundlich getröstet; er hat mir Hoffnung gemacht, daß ich wieder meine eigenen Kleider anlegen und mich mit literarischen Arbeiten beschäftigen darf. — Besuche mich lange nicht; ich mag Dir nicht die Qual machen. — Die Strafe für uns ist gräßlich! — Das Haarabschneiden usw. und Einkleiden ist für den gewöhnlichen Sträfling — Diebe, Vagabonden usw. — durchaus nichts Schmerzliches. Bei ihm ist es eine einfache Maßregel der Reinlichkeit. — was uns eine Tortur ist. — Schreibe mir auch nicht, wenigstens jetzt noch nicht; ich würde alle Fassung verlieren, sähe ich einen Brief von Deiner Hand. — Hast Du aber etwas durchaus Nötiges zu melden, so schreibe es Dr. Kusel, oder noch besser dem Herrn Direktor Speigler. — Handle, weiter kann ich Dir nichts zuzufügen. Ich will unterdessen Alles zusammen nehmen, was mir das entsetzliche Schicksal der letzten Zeit noch von moralischer Kraft übrig gelassen hat. Lebe wohl meine Helene und wenn Du auch — lebe wohl, Dein Otto.

(Fortsetzung folgt.)

Neue Sturmzeichen im Kirchenkonflikt

Müller droht seinen Gegnern

Der Reichsbischof Müller tut so, als ob er fester im Sattel läge als je zuvor. Er hat am Sonntag und am Mittwoch wieder in Berlin gepredigt; am Sonntag gab er, in der Matthäus-Kirche in Berlin-Steglitz, heftige Drohungen vor sich, die er am Montagabend in einer Rundgebung im Sportplatz noch heftigerte. Immer schärfer treten die Gegensätze hervor. Als Gegner Müllers wird neben dem Reichsinnenminister Rick neuerdings auch Brüning genannt. Auf der anderen Seite wird Müller gestützt von den ihm unentwegt getreuen Reichsanhaltlern von Württemberg, Hessen und Sachsen. Die Wirren werden immer größer. Hitler tut so, alsginge ihm der Kirchenkonflikt weiter gar nichts an...

Anlässlich des Vortages veröffentlichte die Reichsregierung „Worte“ des Reichsbischofs Müller. Es heißt darin:

„Wahre, echte Volksgemeinschaft wird nur durch Opfer und selbstlose Hingabe. Der Volk- und Vortag ruft zur Einkehr auf, wo man es an solcher Gesinnung hat fehlen lassen. Das muß die Frucht aller rechten Buße sein, daß sie uns mit neuer Verantwortung vor Gott und Menschen erfüllt. Denn wirkliches Christentum ist vertrauensvolles Glauben an Gottes Gnade und Güte und tätige Liebe. Das erwachte Deutschland muß wachsam bleiben, das Gottesreich der Neuwendung unseres Volkes mit starken, heiligen, reinen Händen zu segnen und auszubauen, es immer wieder aufs neue zu erwerben und zu erkämpfen. Das sind wir unserm Gotte schuldig. Aus der Einkehr vor dem Ewigen und Allmächtigen Gott soll voller Vertrauen und im Bewußtsein unserer ganzen gewaltigen Verantwortung der Gebetsruf durch das ganze Volk gehen:

Zieh herab vom Himmel droben,
Du, den der Engel Stimmen loben
Sei gnädig unserm deutschen Volk!
Donnernd aus der Himmelswolke
Sprich zu dem Führer, sprich zum Volk,
Und ein'ge uns mit harter Hand,
Sei Du uns Fels und Burg
Und führe uns alle hindurch.“

Als der Reichsbischof, er segnet die „starken, heiligen, reinen Hände“ — ein blinder Christ, der das Blut auf diesen Händen nicht mehr erkennt. Dieser Reichsbischof ist nicht nur eine personifizierte Widerlegung des Christentums des

obersten Beamten der Evangelischen Kirche. Solche himmlische Verkündigungen aus göttlichen Bezirken für eine gewalttätige, sitten- und menschenwidrige Staatsführung sind Dolchstöße gegen das Evangelium selber. Es gibt unzählige Gläubige, die vor solchen Priestern an den Grundwahrheiten ihrer Kirche für immer irre werden.

Gerüchte

Berlin, 21. Nov. Hier sind Gerüchte verbreitet, wonach ein entscheidender Schlag gegen die Bekenntniskirche bevorstehe. Beabsichtigt sei, die führenden Mitglieder der Opposition, namentlich Präses Koch, die Bischöfe Sturm, Meiser und Warahrens sowie die Pfarrer Niemöller und Jakob in aller Heimlichkeit zu verhaften. Das Gerücht sei a titre d'information wiedergegeben. Gegen das Gerücht einer solchen Verhaftung spricht die Nähe des Saar-Viebsitzes. Bevor das Schicksal des Saarlandes nicht entschieden ist, sind keine großen Staatsaktionen in den Kirchenfragen zu erwarten. — Das Reichsgericht hat bis jetzt rund 200 Klagen abgelehnt. Pfarrer und Mitglieder der Bekenntniskirche als berechtigt anerkannt.

Auch ein „Lebens'äng'licher“

In der Rundgebung im Berliner Sportpalast wurde Müller mit härmischen Heil-Rufen begrüßt, und bestieg die Rednerkanzel, um zu versichern, daß er sein Amt lebens'änglich („bis mich der Herrgott abberuft“) auszuüben gedenke, und dann auf das Kernstück seines Programms zurückzukommen, das dahin geht, es sollen auf den Kanzeln und unter den Kanzeln nur noch Nationalsozialisten Platz nehmen. Er wisse, so führte er aus, daß es heute viele gebe, für die der Nationalsozialismus nicht schnell genug verschwinden könne. Wer diese Attitude würde abgeben werden, „denn“ so sagte der Reichsbischof wörtlich, „wir wissen, daß Gott mit uns ist“.

In der deutschen Presse ist keine Zeile über diese Rundgebung zu finden.

Nahende Macdonald-Krise?

Die Erschütterung des Vertrauens

Es ist unbestreitbar — so wird dem „Genfer Journal des Nations“ aus London geschrieben —, daß das Ergebnis der Gemeindevahlen nicht nur das Ansehen des Kabinetts schwächt, sondern sogar seine Fortdauer zweifelhaft macht. Schon seit einem Jahr liegen viele Anzeichen der Kräftigung der Arbeiterpartei erkennen, die den 1931 verlorenen Boden ziemlich rasch wiedergewonnen hat. Heute aber handelt es sich um ganz etwas anderes: die große Niederlage der Arbeiter brachte ihr 1931 einen Verlust von 210 Sitzen, ihr Sieg von 1934 aber einen Gewinn von (wir setzen die endgültige Zahl) 733. Das ist also nicht eine Rückkehr in die alte Nachstellung, das ist eine Umwälzung der öffentlichen Meinung, die die Politik der Regierung mißbilligt und ihren Willen zum Regierungswechsel ausdrückt.

Ein wichtiger Teil des englischen Volkes kommt zur Überzeugung, daß das Land nicht bis 1936 wird auf Neuwahlen warten müssen. Mag man auch den Erfolg der Opposition hauptsächlich auf das Gebiet der Gemeindeverwaltung begrenzen — noch stärkeren Eindruck machen die Verluste der Anhänger der Regierung. Und noch andere Ereignisse drängen dem britischen Wähler das Gefühl der Schwäche dieser Regierung auf und zeigen ihm die naturgegebene Zusammenhängelöslichkeit der Verbindung Macdonald-Baldwin-Sir John Simon.

Da ist zuerst die Sachfrage, in die die Vorbesprechung mit Japan und den Vereinigten Staaten über die Flottenfrage geraten sind. Die Bemühungen Macdonalds um Ausgleich, sind auf der ganzen Linie mißglückt. Der Gegensatz Japan-Amerika ist nicht gemildert, sondern verschärft. Die Drohung der Kündigung der Vereinbarungen von Washington und London durch Japan zerstört jede Hoffnung auf Verständigung. Noch schlimmer: die Stellung der britischen Regierung erleichtert keineswegs ein dreifaches Abkommen, denn Britisch-Amerika würde nie die von Norman Davis vorgeschlagene Gesamteinschränkung von 20 Prozent zulassen. Währenddessen predigt Macdonald nicht nur eine Begrenzung, sondern sogar eine Verminderung der Seerüstungen. Dieser Mangel an Übereinstimmung, diese Widersprüche innerhalb der Regierung bleiben nicht unbemerkt. Das Mißlingen, das heute unvermeidlich erscheint, wird zum persönlichen Mißerfolg des leitenden Ministers. Sicher mit Unrecht, aber gewiß nicht zur Stärkung des Kabinetts.

Das gleiche ist es mit dem Antrag der Liberalen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses über das private Rüstungsgeschäft. Die Ergebnisse der amerikanischen Erhebung haben in England starken Eindruck gemacht, so daß der Vorschlag Sir Herbert Samuels in den weitesten Kreisen die beste Aufnahme fand. Die Ablehnung durch die Regierung wurde verschieden erklärt, aber einstimmig verurteilt, selbst in den Kreisen, in denen Macdonalds Abrüstungspolitik bisher nur Verteidiger gefunden hat. Wieder eine widerspruchsvolle Politik — wieder eine Schwächung des Ansehens.

Zu diesen außenpolitischen Schwierigkeiten kommt eine ganze Reihe innerpolitischer: neue Erschwerungen der Ausfuhr, eine leichte Zunahme der Arbeitslosigkeit, die Preishöhe einiger notwendigen Lebensmittel — alles steigert das politische Unbehagen. „Wie war die öffentliche Meinung so bereit zu kühnen Eingriffen und zu radikalem Wechsel“, schrieb „Daily Herald“ (Arbeiterpartei), nach den Gemeindevahlen. Und die liberale Presse warnt die Regierung vor der „Gefahr, die darin liegt, immer nichts zu tun“.

Sicher wird die Regierung im Bewußtsein der drohenden Gefahr im Lauf der kommenden Monate eine eifrige Tätigkeit entfalten. Wird sie ausreichen, das Vertrauen der Wählerschaft wiederzugewinnen?

Massenhaft „wilde“ Ehen

Das neue österreichische Regime

Der Rücktritt des österreichischen Staatsratspräsidenten Ronach ist erfolgt, weil von kirchlicher Seite Bedenken dagegen erhoben wurden, daß ein Mann, der nicht kirchlich getraut ist, im neuen Österreich eine hervorragende politische Rolle spielen solle. Ronachs erste Ehe wurde vor Jahren geschieden und Ronach ging dann ohne den kirchlichen Segen eine zweite Ehe ein. Er wurde im Wiener Rathaus bürgerlich getraut, genau wie 80 000 andere Paare aus Wien und aus der Umgegend. Der oberste österreichische Gerichtshof entschied nun in einem ersten Fall, daß alle diese Ehen illegal seien. Allerdings machten sich die 80 000 Paare mit wenigen Ausnahmen nicht viel daraus. Seit dem Februar 1931 aber bekam die Sache ein ernsthafteren Aussehen. Beamte und Angestellte von Behörden und öffentlichen Unternehmungen wurde vor die Wahl gestellt, entweder ihre Stellenungen zu verlieren oder aber ihre „Konkubinen“ zu verlassen. In einem Fall wurde ein Lehrer, der eine Jüdin geheiratet hatte, angewiesen, zu seiner ersten Frau zurückzukehren. Wegen Ronach als Direktor der Bundesbahnen wurde nicht vorgegangen, aber durch seine Ernennung zum Präsidenten des Staatsrats, eine der wichtigsten leitenden Körperstellen des Landes, wurde die Legalität auch auf „Leinen Lall“ aufmerksam, und dies dürfte wohl das Ende seiner politischen Karriere bedeuten.

Vater und Sohn

Eine arisch-nichtarische Tragik

Die neue Rechtsanwaltsordnung im Deutschland verbietet es einem arischen Rechtsanwalt, sich mit einem nichtarischen zu einer Gesellschaft zusammenzuschließen. Die Reichskammer für Advokaten hat jetzt in einem Urteil entschieden, daß eine Gesellschaft, die aus Vater und Sohn bestand, aufgelöst werden müsse. Es ergab sich nämlich bei protokollarischer Tatbestand, daß der Vater, ein angelegener Jüdischer, eine jüdische Großmutter hat, also „Nichtarier“ ist, während der einer späteren Generation angehörende Sohn bereits als „Arier“ gilt.

Zuchthaus für illegale

Dennoch verbreitet sich der Heldenkampf

Der Strafsenat des Obergerichtlichen Oberlandesgerichts erledigte wiederum ein Verfahren in der Reihe der Hochverratsprozesse, die sich mit der illegalen Arbeit der kommunistischen Partei nach deren Verbot beschäftigen. Im April 1933 wurde eine neue Bezirksleitung im Bezirk Wafferkante eingeleitet, der sogenannte „Dreier-Stoß“. Sie stand in Verbindung mit kommunistischen Emigranten in Dänemark. Der dänische Kurier „Kud“ und drei andere Männer brachten mit ihrem Kutter „Gde 21“ Emigranten nach Dänemark und holten von dort kommunistische Literatur. Als später die Verbindungen in Dänemark nicht mehr ungeschädigt vorgenommen werden konnten, kam ihnen ein dänisches Boot entgegen, und Menschen und Material wurden auf hoher See übernommen. Der Strafsenat verurteilte den Angeklagten Walter Knöpfel, Leiter einer Gruppe in der Bezirksleitung, wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu sechs Jahren Zuchthaus. Drei Angeklagte wurden zu je vier Jahren, fünf weitere zu drei bis zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Die übrigen drei Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen.

Vor dem Volksgericht in Berlin hatten sich die Funktionäre Olsch und Bräutigam von der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg der KPD wegen hochverräterischer Umtriebe zu verantworten. Die beiden Angeklagten haben noch bis zu ihrer Verurteilung im Juni 1933 für die illegal fortdauernde Bezirksleitung Berlin gearbeitet. Olsch, der bereits dreimal vom Zentralkomitee der KPD zu Strafbüßen nach Sowjetrußland entsandt worden war, hatte vor allem den organisatorischen Wiederaufbau durchzuführen. Das Gericht sprach beide Angeklagte der Vorbereitung zum Hochverrat, Olsch auch der versuchten schweren Urkundenfälschung (man hatte bei ihm einen falschen Paß gefunden) für schuldig. Olsch erhielt die Höchststrafe von drei Jahren Zuchthaus, Bräutigam zwei Jahre Zuchthaus.

Der 3. Strafsenat des Kammergerichts verurteilte mehrere Kommunisten wegen hochverräterischer Verdrängung zu schweren Zuchthausstrafen. Der 48jährige Paul Bepler wurde zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt, der 34jährige Willi Kreuzberg und der 27jährige Walter Flege erhielten fünf und vier Jahre Zuchthaus. Die Angeklagten wurden außerdem unter Polizeiaufsicht gestellt. Sie hatten versucht, die KPD, und insbesondere den Roten Kampfbund in Berlin-Charlottenburg aufzubauen.

Majes'ä'sbele'digung

Ein Fabrikant sagte seine wahre Meinung über Ley

Offen, 22. Nov. In Bielefeld wurde ein Fabrikant von der Geheimen Staatspolizei auf Veranlassung der Kreisleitung der „deutschen Arbeitsfront“ in Schutzhaft genommen, weil er als Betriebsleiter seiner Firma das Aufbauprogramm der DAF sabotiert und den Betriebsfrieden gefährdet habe. Er habe mehrfach den Vertrauensrat des Unternehmens unbeachtet gelassen und sei willkürlich mit der Gewerkschaft verfahren. Als er vom Vertrauensrat zur Rede gestellt worden sei, habe er — so heißt es in einer Veröffentlichung der Kreisleitung Bielefeld der DAF — die DAF beleidigt. Dr. von Hörsing verurteilte und an der Abberufung der Röhren-Revolute unläsliche Kritik geübt. Nach der gleichen Veröffentlichung ist mit der Überführung des Fabrikanten in ein Konzentrationslager zu rechnen.

Rund um die „Pfeffermühle“

Lebhafte Debatten in der Schweiz

Die Demonstration gegen das Kabarett „Die Pfeffermühle“, angezettelt und organisiert von schweizerischen Faschisten nach Hitler-Muster, haben sich fortgesetzt. In der schweizerischen Presse ist eine sehr lebhaft und sehr ernste Debatte im Gange, die sich auch in Auseinandersetzungen im Züricher Kantonsrat fortgesetzt hat. Leidenschaftliche Parteinahe für die „Pfeffermühle“ unter Eriska Manns geistvoller und anfeuernder Leitung auf der einen Seite im Namen der schweizerischen Gewissensfreiheit, philistinisches und reaktionäres Bedenken gegen das Auftreten von „Emigranten“ auf der anderen. Inzwischen schür und hegt der deutsche Kundsturm und deckt damit gewisse Hintergründe der faschistischen Demonstrationen auf. Er behandelt die Angelegenheit nahezu als aktuelles Weltereignis und tut so, als ob die schweizerische Öffentlichkeit bereits für eine Unterdrückung der „Pfeffermühle“ gewonnen sei. Das ist keineswegs der Fall. Aber man kann nicht daran zweifeln, daß die Agitation weiter gehen wird. Es ist der Ansturm gegen den freien Geist, der leider selbst in der Schweiz nicht sehr zahlreiche, aber sehr energiegeladene und energiegeladene Widerläufer hat. Das beweisen auch die organisierten Kundgebungen im Züricher Schauspielhaus gegen Professor Mannheim, von Friedrich Wolf, dieses ausgezeichnete Drama, dem Joseph Halperin jüngst in der „Schweizer Freiheit“ eine sehr eingehende Besprechung widmete.

Wer waren die Demonstranten?

Am Montagabend wurden in Zürich 16 Analester, die sich vor dem Züricher Kurial besonders hervorgetan hatten, im Gefängniswagen zur Wache befördert. Einige der Verhafteten hatten Pistolen und Schlagringe bei sich — vieleicht von Goebbels gespendet. Die Basler „National-Zeitung“ weist darauf hin, daß bei diesem „jüdischen Emigranten-theater“, wie die „Pfeffermühle“ gerne genannt wird, sich nur ein geringer Prozentsatz Juden und fast keine Emigranten befinden. Das von den „antifaschistischen“ Frontkämpfern und ihren Geistesverwandten beanstandete Programm zeigte die „Pfeffermühle“ wochenlang in Basel, Vichy, Bern und Luzern, ohne daß es jemandem in den Sinn gekommen wäre, daran Anstoß zu nehmen. Um weiteren Ausbreitungen nach Möglichkeit vorzubeugen, sind jedoch vier hauptsächlich beanstandete Stellen aus dem Programm gestrichen worden. Grund zur Beanstandung gab vor allem ein sogenanntes „Willegedicht“, das von Eriska Mann seinerzeit in Holland, und jedenfalls längst vor dem Fall Wille gedichtet worden ist und mit diesem tatsächlich nichts zu tun zu haben scheint, und um eine Grinzing-Szene, die nach Ansicht erweiter Kritiker zu weitgehend die Verhältnisse eines Nachbarlandes berührt.

Das Volkskomitee Zürich des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes wendet sich in einem Aufruf „An den Kurial-Krawallen“ an die zürcherliche Öffentlichkeit und legt Verantwortung ein „wegen den aus dem „dritten Reich“ seitens der sogenannten Erneuerer übernommenen Kampfruf des „Judeverreckt“, wie er in schändlichster Weise mitten in Zürich dieser Tage erneut erhoben wurde.“

Dienstagabend war das Schauspielhaus trotz häufiger Wiederholungen von „Professor Mannheim“ wiederum ausverkauft. Vor dem Hause aber sammelte sich eine rabaukige, Sprechhorbrüllende Menge. Sie wurde von der Polizei zerstreut, die fünf Verhaftungen vornahm.

II. Internationale und Einheitsfront

Freiheit des Handelns für jede Sektion der Internationale

Vom 13. bis 16. November tagte im Maison de la Mutualité in Paris die Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale. Es waren anwesend:

S. Saffouni (Armenien), L. de Brouckère, E. Vandervelde (Belgien), A. Andersen (Dänemark), S. Crummenier, O. Weis (Deutschland), Leon Blum, A. Braque, J. Longuet (Frankreich), C. Gvardjaladze (Georgien), J. Compton, B. Gillies (Großbritannien), J. W. Albarca, F. M. Wilhaut (Holland), G. E. Modigliani, R. Renni (Italien), drei österreichische Delegierte, M. Jarblum (Palästina), S. Liebermann (Polen, P.S.), S. Erlich (Polen „Bund“), Th. Dan (Ruhland, S.D.), A. Soukhomline (Rußland, S.M.), S. Akerberg, R. Lindström (Schweden), R. Grimm (Schweiz), A. Prieto, J. A. del Vayo (Spanien), E. Heller (Tschechoslowakei, Deutsche), F. Soukup, E. Winter (Tschechoslowakei, Tschechen), E. Buchinger (Ungarn), A. Pels (Internationales Frauenkomitee), R. Borrih (Jugend-Internationale), J. Van Noosbroeck (Kassierer der S.A.), F. Adler (Sekretär der S.A.).

Den Hauptgegenstand der Beratungen bildete die internationale politische Lage. Ein Teil dieser Beratungen wurde gemeinsam mit dem Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes durchgeführt. So wurde in gemeinsamer Beratung zu den Problemen der Saarabstimmung Stellung genommen. In diesen Beratungen nahmen Max Braun und Dabitsch aus dem Saargebiet als Gäste teil. Nach dem Bericht des ersten referierte Compton (Großbritannien) namens der von der S.A. zum Studium ins Saargebiet entsandten Kommission.

Der Vorsitzende Vandervelde referierte über die Unterredung, die er und Adler in Brüssel mit den beiden Vertretern der Kommunistischen Internationale, C. Chin und Thoretz, in der Frage einer gemeinsamen Aktion zur Unterstützung der spanischen Revolution hatten. Nachdem Leon Blum die Entwicklung der gemeinsamen Aktion in Frankreich dargelegt hatte, fand eine eingehende Debatte statt, in der 18 Redner die Probleme in ihren Ländern und das Problem, wie es sich für die S.A. als solche stellt, darlegten. Mit allen Stimmen gegen die des Vertreters Georgiens, Gvardjaladze, wurde beschlossen, folgenden Brief an die beiden Delegierten der Kommunistischen Internationale zu richten:

Paris, 17. November 1934.

Genossen Marcel Cachin und Maurice Thorez

Paris (2c)

139, Rue Montmartre

Genossen!

Zu der Besprechung, die Sie mit den Unterzeichneten am 13. Oktober in Brüssel hatten, haben wir Ihnen mitgeteilt, daß wir unserer Exekutive im November über Ihre Vorschläge Bericht erlassen werden.

Unsere Exekutive hat sich im Rahmen einer viertägigen Debatte über die Lage der internationalen Arbeiterbewegung auch mit der Brüsseler Zusammenkunft beschäftigt und uns beantragt, Ihnen folgende Mitteilung zu machen:

1. Die Solidaritätsaktion für das spanische Proletariat wurde, wie Sie wissen, von unserer Internationale bereits eingeleitet, bevor Ihr Vorschlag, eine solche Aktion gemeinsam mit der Kommunistischen Internationale durchzuführen, uns erreichte. Wir haben inzwischen sehr ausführliche Mitteilungen über die Lage in Spanien eingeholt, und unser Genosse Vincent Auriant, der von uns zur Klärung der Lage nach Spanien entsandt wurde, hat unserer Exekutive einen außerordentlich wichtigen und instruktiven Bericht erlassen, der in kurzem der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden wird. Wir haben in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes eine Darstellung der Lage in Spanien durch unseren spanischen Genossen Prieto und Del Vayo gehört und auf Grund dieser Informationen die Hilfsaktion für die Opfer der spanischen Konterrevolution, die erst im Beginn ist, und vor allem für die dauernd von einer spanischen Nachschub bedrohten Gefangenen, die nach Tausenden zählen, und zu denen unser Exekutivmitglied Caballero in erster Linie gehört, organisiert.

Die Demonstrationen der Sympathie für das spanische Proletariat und des Protests gegen seine Denker, wurden, je nach der Lage der Arbeiterbewegung in den einzelnen Ländern, in verschiedenen Formen organisiert. Sie fanden in Frankreich in gemeinsamen Kundgebungen der Sozialisten und Kommunisten statt, während in Belgien, wo eine nennenswerte kommunistische Partei nicht existiert, die große Kundgebung für Spanien, in der der unterzeichnete Vorsitzende der S.A. sprach, von der belgischen Arbeiterpartei allein organisiert wurde, die wenige Tage später auf ihrem Kongress Gelegenheit nahm, eindringlich gegen die Vollstreckung von Todesurteilen in Spanien zu demonstrieren.

2. Sie haben in der Brüsseler Besprechung erklärt, daß Sie kein Mandat hätten, über andere Fragen der gemeinsamen Aktion der Arbeiterklasse mit uns zu sprechen, als einzig die Frage der Solidaritätsaktion für Spanien.

Andererseits hat die Exekutive der S.A. in ihrer Resolution vom 18. und 19. März 1934 an die Vorschläge an die Komintern hinsichtlich der Schaffung eines Aktionsplans für die gemeinsame Verteidigung gegen den Faschismus erinnert und ihren Sektionen empfohlen, kein Sonderabkommen abzuschließen, solange die Komintern nicht auf diese Vorschläge geantwortet haben.

Seitdem sind jedoch neue Ereignisse eingetreten, insbesondere in Deutschland, die verschiedene Sektionen der S.A. veranlaßt haben, aus eigenem Antriebe Einheitsfrontabkommen abzuschließen, die der Verschiedenheit der Lage in den einzelnen Ländern Rechnung tragen.

Während in Frankreich und anderen Ländern die Einheitsfront verwirklicht wurde, sind in Großbritannien, Holland, in den skandinavischen Ländern, in der Tschechoslowakei und in anderen Ländern kommunistische Vorschläge auf Einheitsfrontabkommen aus Gründen, die unsere angeschlossenen Parteien gegeben haben und die Sie kennen, abgelehnt worden.

Unter diesen Umständen hat die in der Resolution vom 18. und 19. März enthaltene Empfehlung ihre Berechtigung

verloren und jede unserer Sektionen ist auf diesem Gebiet frei, in voller Selbständigkeit zu handeln.

Mit sozialistischen Grüßen

Emile Vandervelde, Friedrich Adler, Präsident. Sekretär.

Leon Blum gab nach der Abstimmung im Namen der französischen und einer Anzahl weiterer Delegierter folgende Erklärung ab:

Die unterzeichneten Mitglieder der Exekutive der S.A. erklären als ihre Überzeugung, daß unter den gegenwärtigen Umständen, angesichts des Anwachsens des Faschismus und der Verhärterung der Kriegsgelassen in Europa, im Hinblick auf die in den Reihen der Arbeiterklasse spontan entstehenden Bestrebungen nach der Einheit der Aktion, die S.A. die Pflicht gehabt hätte, ihren Vorschlag vom Februar 1933 mit Nachdruck zu wiederholen und die kommunistische Internationale zu fragen, ob sie bereit ist, in voller Gleichberechtigung aller angeschlossenen Parteien die Voraussetzungen einer gemeinsamen Aktion im internationalen Maßstab zu prüfen: einer Aktionsgemeinschaft gegen den Krieg, für die Verteidigung der demokratischen Freiheiten in den Ländern, wo sie bestehen und für den revolutionären Kampf in den Ländern, wo der Faschismus sie vernichtet hat.

Die Unterzeichneten stellen immerhin mit Befriedigung fest, daß die Exekutive allen angeschlossenen Parteien die Freiheit anerkannt hat, den Kampf gegen den Faschismus und den Krieg entsprechend den Bedingungen jedes einzelnen Landes zu organisieren. Sie wünschen dringend und vertrauen darauf, daß die Ergebnisse der gemeinsamen Aktion in jenen Ländern, in denen sie bereits im Gange ist, die S.A. binnen kurzem dazu veranlassen wird, die Einheit zu verwirklichen, zu der das Weltproletariat durch die Gefahren der gegenwärtigen Lage und durch die Interessen seines internationalen Kampfes gebieterisch gedrängt wird.

gez.: Blum, Braque, Longuet (Frankreich), Del Vayo (Spanien), Grimm (Schweiz), Renni Modigliani (Italien), Erlich (Polen „Bund“), Dan (Ruhland, S.D.), drei Delegierte (Österreich).

Zu verkaufen

Vollständige Einrichtung einer Strumpffabrik

Fabrique de Bonneterie mit Bureau. Sehr mässige Miete mit schöner Wohnung

Sich schriftlich wenden an die Geschäftsstelle dieses Blattes unt. Nr. 1222

Das Fürstentum Liechtenstein bietet Ihnen:

freie Einreise und Niederlassung, günstige Steuern, für Industrien Entgegenkommen, schönes Baugelände, Villen und Wohnungen, gesundes Klima (Schweizer Frankenwährung, Schweizer Wirtschaftsgebiet)

ALLGEMEINE TREUHAND-AKTIENGESELLSCHAFT, VADUZ

Das Kabinett Theunis

Brüssel, 21. Nov. Das Kabinett Theunis ist in folgender Zusammenetzung vom König genehmigt worden:

Ministerpräsident ohne Portefeuille: Theunis (kath.); Minister ohne Portefeuille: Francqui (liberal); Außenminister: Dumanus (liberal); Landesverwaltungsminister: Devezze (liberal); Justizminister: Ropelle (liberal); Innenminister: Pierlot (kath.); Unterrichtsminister: Dirnaux (liberal); Finanzminister: Wurt (liberal); Minister für öffentliche Arbeiten, Landwirtschaft und Mittelstand: von Cauwelaert (kath.); Arbeitsminister: Ruybaek (kath.); Wirtschaftsminister: van Jhaecker (kath.); Verkehrs- und Postminister: du Bus de Warnaffe (kath.); Kolonialminister: Charles (kath.)

Der italienische Göring

London, 22. November.

„Sunday Review“ erörtert die Frage, ob Mussolini durch den Marshall Balbo ersetzt werden wird. Mussolini habe den ehemaligen italienischen Luftfahrtminister nach seinem verhängnisvollen Flug mit dem italienischen Geschwader über den atlantischen Ozean in die Verbannung geschickt, weil er dessen wachsende Popularität fürchte. Vor einigen Wochen nun sei unter Führung Balbos eine italienische Expedition nach Abyssinien vorbereitet worden, ohne daß Frankreich und England sich dem widersetzen. Balbo habe sich auf diese Weise an die Spitze der italienischen Imperialisten gestellt. Er werde von den Industriellen und Kapitalisten seines Landes unterstützt, die in einer kolonialen Ausdehnung einen Ausweg aus der ernten italienischen Wirtschaftskrise sähen.

Mussolinis Stern sei infolge seiner diplomatischen Niederlagen und seiner Unfähigkeit, die wirtschaftliche Lage seines Landes zu bessern, im Erlöschen. Er habe alle seine Trümpfe auf dem Balkan, in der Türkei, in Arabien und in Japan verpfändet.

Den größten Stoß aber habe die Mussolinische Politik durch das französisch-russische Bündnis erhalten, dem Italien als Gegengewicht nur sein Abkommen mit Österreich und Ungarn entgegenstellen wolle.

Jetzt bedrohe Balbo mit seinem Imperialismus direkt die persönliche Stellung des Duce.

Die äthiopische Expedition sei teuer und Italien brauche eine Anleihe. Vor ein paar Monate habe Mussolini mit Hilfe der Bank von Frankreich den Kurs des Furo halten können, dochmals werde Frankreich nur helfen, wenn Italien von seiner Forderung auf Gleichberechtigung im Mittelmeer abstehe.

Paris

Deutscher Klub Paris

Am morgigen Samstag, dem 24. November, um 21 Uhr ist im Deutschen Klub ein geselliges Beisammensein mit Tanz. Im Zeitungssaal: Zeitungslektüre — Schachspiele. Damen und Herren sind als Gäste sehr gerne willkommen. Es wird um 5 Franken zur Deckung der Unkosten gebeten (Stellungsgeld 3 Franken). Die Adresse des Deutschen Klubs lautet: Salons le Peristyle 31bis, Rue Vivienne, Paris 2^e (Metro Bourse). Der 1925 gegründete Deutsche Klub ist der Treffpunkt aller Nichtgleichgeschalteten.

BRIEFKASTEN

P. Saargemünd. Dieses unangenehme Vorgehen ist uns schon bekannt gemorden. Wir werden einen Rufung über die ganze Frage veröffentlichen. Nachrichten von Rosenverordnungen von Sozialdemokraten erreichen uns aus ganz Teutschland. Wenn wir das weiter davon nicht bringen, so hat das gute Gründe.

H. S., Genf. Man sollte die Gleichheit auch nicht überreichen. Der tolle Busch hatte nicht so Unrecht, als er in der „Kritik des Oetzgers“ schrieb:

Früher, da ich unerfahren
Und bescheidener als heute,
Galt mir meine höchste Achtung
Andre Leute.
Später traf ich auf der Weide
Nur mit noch mehr Kalber,
Und nun schau ich, sozusagen,
Ers mich selber.

H. S., Zürich. Mit herzlichen Grüßen und Wünschen für unseren Kampf überliefere ich die Ausgabe des „Sozialisten“ vom 15. November mit dem Bildnis eines Herrn Josef Auer, der ein Jugendfreund Adolf Hilters ist. Er ist heute noch den anständigen Beruf eines Dekorationsmalers aus, in dem er einst gemeinsam mit Hiltler debütiert hat. Auer erklärte, um nichts in der Welt möchte er keine delikate Vögel mit der von Hiltler vertauschten. Nebenbei fügte er hinzu: „Hiltler wird nicht lange leben.“

Dr. A. Vanden. Sie schreiben uns, Wilhelm Steed habe in einer Rundgebung der Liga für Völkerfriede erklärt, „er habe aus früherer Leszeit die Nachricht erhalten, daß General Göring die Führer der S.A. kürzlich in Berlin versammelt habe, um ihnen zu erklären, daß der Marschbefehl nach der Saar spätestens Ende Januar gegeben werde. Am 31. Januar werde ein Sonderkongress der S.A. sich auf einer bestimmten Station zusammensetzen, um noch in dem Augenblick der Völkerbunddiskussion die Saargrenze zu überschreiten.“ — Wilhelm Steed ist ein sehr seriöser Journalist, der überlegt, was er sagt. Trotzdem glauben wir nicht, daß Göring so unvorsichtig war, sich in einem öffentlichen Jahrestexte wie vorstehend zu äußern. Doch aber Pläne bestehen, wie Wilhelm Steed sie andeutete, steht außer Zweifel.

„Deutsche Presseorgane.“ Der deutsche Journalist, der behauptet wird, eine Rede des württembergischen Wirtschaftsministers nicht ganz richtig wieder gegeben, b. h. gekürzt zu haben, soll angeblich der Berliner Korrespondent der „Kölnischen Zeitung“ sein. Er soll sich schon in einem Konzentrationslager befinden. Es kann gar nicht schaden, wenn auch Herren der gleichgeschalteten Presse die legendären Einrichtungen des von ihnen so geliebten „dritten Reichs“ in unmittelbarer Bekleidung kennen lernen.

Frau A. Ropelle. Sie wohnen in einer schönen Villa im Saargebiet. Ein lunkelvoll schmeicheleiertes Schatzkammer ist ein unüberwindlicher Wall gegen den Hunger. Sie schauen mit innigstem Blick über das Saar- und Saarbrücken- und die Saarkonzentrationslager an Proletarierkinder. Die Ihre „Schwestern“ haben Sie, wie schon öfters in den letzten Monaten, nach Berlin vor den berühmten Staatsoberhäuptern gebracht. Jungst haben Sie sich persönlich an „Mein Volk“ in einem Urlaub gemeldet. Sie haben dort den Franzosenministerinnen an der Saar bittere Vorwürfe gemacht, weil sie häufig beim deutschen Grenz- und Handelsamt am Arm hielten. Sie gaben dann ein genaues Arm-Exzerpt mit, wie man den Seigetinger, die Gaud, den Arm in eine harmonische Verbindung miteinander bringen wolle. Da ziel und eine ally, aber wahre Geschichte von Ihnen ein. Sie empfehlen vor dem Krieg einmal ein potentes Mittel gegen proletarischen Hungerleid. Die Arbeiterfrauen mühten, um die Gefühle ihrer Männer zu dämpfen, immer eine Wohlthat mit eisernen Wasser herbeizutragen. Auf diese Weise wurden Sie schon damals in Teutschland berühmt. Ihre Empfehlung war die einfache Forderung der proletarischen sozialen und sexuellen Frage, aber die sich so viele die Kopf zerbrechen. Man sprach lange nicht von Ihnen. Nun, in der braunen Zeit, sind Sie wieder ganz in Form. Jetzt beraten die französischen Frauenvereine über ein hübsches Weibchen zum höchsten Geburtstag für Sie. Jede Arbeiterfrau, so heißt es in den Aufrufen der Legation der „deutschen Front“, soll ein Scherlein dazu beitragen. An diesem Ehrenstage herzlich willkommen, gebieten wir uns, eine bestimmte Wohlthat als Geschenk voranzuliegen.

Paul Scheller. Sie haben nun seit einigen Monaten Chefredakteur des „Berliner Tageblatts“. In Nr. 321 dieses Blattes (sic) man einen Artikel aus Ihrer Feder, der sich mit dem Versuch von Gombos in Rom beschäftigt. Sie schreiben wörtlich: „Wenn in Rom der Wunsch bestehen sollte, die ungarische Frage diplomatisch zu behandeln, bliebe es fraglich, ob das möglich ist, denn falls in Paris und Belgrad im nächsten der Einbruch gewonnen würde, daß Italien Ungarn weiterhin hilft, dann ergäbe sich eine vollkommen neue Lage, gemessen an den Freundschaftsverhältnissen, die zwischen Italien und Frankreich in diesen Monaten die himmelstürmische Vorbereitung zu einem Abkommen erleichtert haben. Nur Mussolini heißt es nun — diesem Einbruch ist es Schicksal sich zu verstellen — „Die Abwehr, die falls — ein guter deutscher Stil hat Sie nie gewendet. Tomala, als Ihre langen Berichte aus Rußland, England und Amerika kamen, haben Ihre ehemaligen Kollegen in der Redaktion des „Berliner Tageblatts“ schweigend über Ihren Manifesten, um Sie in anständiges und verhältnismäßig Teutsch zu überreden. Diese Kollegen sind längst herausgefallen. Nun ist niemand mehr da, der forscht. Es ist für Sie nicht schwer, sich zu verstellen“, als es hier, das „Berliner Tageblatt“ zu brauchen und gleichzeitig für die Redakteure der alten jüdischen Vögel zu tun. Offensichtlich weiß es niemand in Ihrer nächsten Umgebung, daß Sie einmal in Moskau in die kommunistische Partei eintraten wollten.

Wahlbezirk der Sozialistischen Arbeiterpartei. Wir werden tun, was wir können. Für weiteres zuverlässiges Material bleiben wir dankbar.

H. S., Antwerpen. Wir erfahren von Ihnen:

„Die belgische Polizei hat in Antwerpen die Zentrale einer von den deutschen Nazis besetzte und über ganz Belgien verbreitete Spionageorganisation aufgedeckt. Sie nannte sich „Antwärtische Liga“ und verfuhr allein zur Behauptung der belgischen in Belgien lebenden Emigranten, die die Summe von 200.000 Franken, die vom deutschen Propagandaministerium zur Verfügung gestellt worden waren.“

Nur solchen Sport haben der Reichsjägermeister und seine Genossen immer wieder.

Im mehrere. Unites Wissen ist der frühere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Kurt Schumacher, ein Kriegsverdächtigter, nur noch auf dem Rübberg in Urm. Kupfer ihm sollen noch weitere 40 politische Inhaftierte dort im Konzentrationslager sein.

Für den Gesamtinhalt verantwortlich: Johanna Vitz in Dusseldorf; für Inserate: Otto Puh in Saarbrücken. Rotationsdruck und Verlag: Verlag der Volkswirtschaftlichen GmbH, Saarbrücken & Schöffenstraße 5, — Schloßhof 778 Saarbrücken.